

Eilbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eilbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Petition oder deren Raum 30 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 229.

Sonnabend, den 29. September 1917.

24. Jahrg.

Abnehmende Energie des Krieges.

Von Richard Gädle.

Wenn man von einer abnehmenden Kriegesenergie sprechen will, so gilt das Wort nicht von der Stärke und Erbitterung der einzelnen Kämpfe, die in der letzten Zeit stattfanden. Sie wurden vielmehr mit einer Wucht und Entschlossenheit, unter massenhafter Verwendung der furchtbaren Vernichtungsmittel durchgeführt, wie nur jemals in irgendeiner früheren Zeit des Krieges. Nur wenn man die kriegerische Lage auf allen Kriegsschauplätzen bis weit nach Osten hinein verfolgt, darf man davon reden, daß die Wut des Krieges, die höchste Anspannung aller Kräfte zur Erzwingung großer Entscheidungen sich nicht mehr in dem alten Maße fühlbar macht. Vielleicht, weil alle Beteiligten die Überzeugung haben, daß der Kampf der Waffen langsam und allmählich in den Kampf der Wollt einmünde.

In Italien ist die 11. Monatschlacht im wesentlichen am 11. September zu Ende gegangen, als die Oesterreicher und Ungarn am Nordhange des Mt. Gabriele zu erfolgreichen Gegenstößen schritten. Was seitdem geschah, war nur noch ein vergebliches Aufbäumen der italienischen Heeresführung gegen den Spruch des Schicksals, der Versuch, durch kleine örtliche Unternehmungen das Unheil zu mildern, und zum Schlusse dem eigenen Volke das Scheinbild von Erfolgen vorzuführen zu können. Seit dem 17. September ermatteten auch diese nutzlosen Anstrengungen. Somit hat dieser größte und gewaltigste, mit unläugbarer Tapferkeit, auch mit taktischem Geschick durchgeführte Angriff Cadornas mit einem glatten Mißerfolge geendet.

Ob Cadorna nun zu einer 12. Monatschlacht noch vor dem Eintritt des Winters schreiten wird, steht dahin. Nachrichten aus neutraler Quelle wollen wissen, daß französische und englische Truppen in größerer Zahl dem italienischen Heere zugeführt worden sind, während ausgesendete italienische Divisionen nach Frankreich beordert wären. Auch wird von einer bevorstehenden Erneuerung der Schlacht gesprochen. Politische Gesichtspunkte lassen diese Ankündigung nicht ganz unglaubwürdig erscheinen. Wollen die Herrscher Italiens bei den Friedensverhandlungen etwas im Sinne der Italia Irredenta erreichen, so müßten sie ihr heißersehntes Deutzeil Triest in Händen haben. Sie stehen aber immer noch 21 Kilometer von ihm entfernt und sind ihm seit der ersten Monatschlacht, also seit 27 Monaten, nur sechs Kilometer näher gekommen — um den Preis von fünf bis zehn Millionen Mann.

Auch den letzten großen Angriff der Engländer in Flandern betrachte ich unter politischem Gesichtspunkte. Zweifellos haben diese auf ihrem Lieblingskriegsschauplatz im Westen wiederum mit großem Ungeheuer und in außerordentlich tiefem Grade angegriffen, gewaltige technische Hilfsmittel haben ihn vorbereitet und begleitet; was materiell gesehen konnte, ihn wirksam zu machen, ist mit größter Sorgfalt geschehen: Nebelgranaten verhüllten ihn, Tanks deckten ihn, eine Windsbraut schwerer und leichter Geschosse schritt ihm wie ein Säemann der Vernichtung voran, nichts war außer acht gelassen als die Widerstandskraft des deutschen Fußvolkes und seiner mörderisch tadenden Maschinengewehre. Aber jener an sich furchtbare Sturmangriff des 20. September wurde nur noch von zehn Divisionen und nur in einer Breite von zwölf Kilometern angelegt. Nach allen bisherigen Erfahrungen konnten die Engländer damit wohl örtliche Erfolge erwarten — und sie sind in beschränktem Maße nicht ausgeblieben — aber keinen entscheidenden Schlag, der unsere Stellung in Belgien ernstlich erschütterte konnte. Wo sind die Schlachten von 25 Kilometer Front, wo 25 Divisionen, die zu einseitigen Angriffen zusammengefaßt und zugleich durch kräftige Nebenunternehmungen auf anderen Fronten entlastet wurden? Offenbar war der Gegner zu der Durchführung seiner Schläge in früherem Maßstabe nicht mehr stark genug; vielmehr weniger an Fußvolk als an Geschützen, Minenwerfern, Tanks, Miegern, Schießbedarf! Wenn der Engländer seine Angriffe nur unter deren vernichtendem Schutze überhaupt für durchführbar hält, dann reicht ihre Zahl wahrscheinlich für weitere Fronten nicht aus. Die Führung beschränkte sich somit selbst und kämpfte nur um Raumgewinn und um allmähliche Schwächung der deutschen Kampfkraft.

Auch die Franzosen haben am 18. und 19. September, gleichfalls als Auftakt zu dem englischen Unternehmen, nördlich Verdun noch einmal Angriffe versucht, die wieder mit dem ungeschicklichen Schwünge durchgeführt wurden, den man bei ihnen anerkennen muß. Aber diese Stöße waren auf weit geringerer Front und mit noch geringeren Kräften als die ihrer Bundesgenossen angelegt und schütterten glatt und gründlich. Auch bei ihnen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihre Stoßkraft, soweit es sich um größere Unternehmungen handelt, mindestens zeitweilig ermattet ist.

Bis hier so steht es auf dem Balkan. Die mazedonische Offensive Sarraills, die seit dem 8. September ununterbrochen rasch vorwärts in Albanien zu am Ende vorrückte, kam nur sehr langsam zur Entfaltung

und ist seit dem 21. September, wo sein Angriff zwischen Ochridaee und Skambislaß abgewiesen wurde, ganz ins Stocken geraten. Auch bei ihr wird der politische Gesichtspunkt, Raum in Albanien zu gewinnen, wohl mitgewirkt haben.

Auf die Tätigkeit oder vielmehr die Untätigkeit der russischen Heere wirken die inneren Zustände des westlichen Kampfes ein. Gewiß treibt dieser Gesichtspunkt unsere westlichen Gegner zu ihren letzten Kraftanstrengungen mit an. Das russische Heer hat sich selbst der Verteidigung unfähig erwiesen, den Schlag von Riga abzuwehren, der von verhältnismäßig schwachen deutschen Kräften geführt wurde. Am 21. September haben ihm dann deutsche Divisionen rasch und unüberstehlich den ausgedehnten Brückenkopf von Jakobstadt entziffen, den es noch auf dem südlichen Dünaufer besaß. Diese deutschen Angriffe, die sich der Gesamtfrage nach begrenzte Ziele setzten, haben unsere Faustpfänder im Osten wesentlich vervollständigt: die große Stadt Riga und ganz Kurland sind nun in unserer Hand. Man wird wohl annehmen dürfen, daß diese neuesten Erfolge den Friedensverhandlungen ebenso zugute kommen werden, wie sie von erheblichem moralischen Einfluß gewesen sind.

In Armenien, in Mesopotamien und an der palästinensischen Grenze herrscht seit Monaten eine Ruhe, die nur gelegentlich von kleinen und kleinen Kraftäußerungen des Stellungskrieges unterbrochen wird; auch in diesen weiten Gebieten hat sich ein Gleichgewicht der Kräfte herausgebildet wie in Europa. Immerhin dürfen wir es verzeichnen, daß in der Nacht vom 22. zum 23. September nicht am Tigris, sondern am Euphrat ein englisches Bataillon vernichtet worden ist.

Das Urteil über die Weiterentwicklung der Kriegslage, über die größere oder geringere Nähe des Friedens, wird im wesentlichen mit bestimmt werden von dem Urteil über die Wirksamkeit unseres U-Boot-Krieges und über die Möglichkeit rechtzeitiger amerikanischer Waffenhilfe für unsere Gegner. Bisher scheinen diese nach beiden Richtungen hin keine für sie allzu günstigen Erwartungen zu hegen, weil sie sonst nicht jetzt schon ihre Kräfte in schwierigen Angriffen, die nie von durchschlagender Wirkung sein können, gesplittert und aufreiben würden. Wenn sie mit einiger Sicherheit darauf bauen würden, starke amerikanische Streitkräfte in Frankreich am Werke zu sehen, ehe sie selbst wirtschaftlich darniederliegen, würden sie aller Wahrscheinlichkeit nach ihre eigene Volkskraft gegenwärtig schonen.

Das alte Lied.

Im Hauptauschuß des Reichstages hielt gestern Reichstanzler Michaelis seine bereits angekündigte Rede, die allerdings nach keiner Richtung hin etwas Neues brachte. Man mußte erwarten, daß nun endlich einmal auch die deutsche Regierung ihre Kriegesziele bekannt geben, daß sie im Hinblick auf die Pappnote, sowie auf die in bezug auf die englischen Kriegesziele Klipp und klare Rede Asquiths erklären würde: Wir wollen keine Annexionen; wir treten ein für einen Frieden der Verständigung. Nichts von alledem sagte der neue Reichstanzler. Er lehnt es ab, die deutschen Kriegesziele zu präzisieren.

Das Ausland wird daraus schlussfolgern, daß Deutschland etwas im Schilde führen muß, denn sonst hätte es doch, da es angeblich keinen Eroberungskrieg führt, jetzt offen sagen können, was es eigentlich will. So dient die Reichstanzlerrede dem Frieden nicht im entferntesten. Daß der Kanzler auch nicht mit einem Worte auf die Hezereien und Treibereien der Alldeutschen einging, läßt stark vermuten, daß auch in seiner Brust eine alldeutsche Seele wohnt.

Wir lassen nun nachstehend den Bericht über die Verhandlung des Hauptauschusses folgen und behalten uns vor, noch eingehend auf dieselbe zurück zu kommen.

WTB. Berlin, 28. September.

Der Hauptauschuß des Reichstages begann heute die Beratung der Fragen der auswärtigen Politik. Anwesend waren Reichstanzler Dr. Michaelis, sämtliche Staatssekretäre und viele Bevollmächtigte zum Bundesrat. Wie groß das Interesse in Abgeordnetenkreisen war, bewies der gestrige Sitzungssaal.

Der Vorsitzende Abgeordneter Fehrenbach eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung mit der Bitte, in Rücksicht auf die Fülle des Beratungstoffes aus den Erörterungen Angriffe auf die Reichstagsmehrheit auszuschalten, da sich in der Vollerammlung bei Beratung der sozialdemokratischen Interpellation, betreffend Agitation im Heere gegen die Beschlüsse des Reichstages, Gelegenheit bieten werde, darauf zurückzukommen.

Der Hauptauschuß einigte sich dahin, die Behandlung der belgischen Frage im Anschluß an die Aussprache über die deutsche Antwort auf die päpstliche Note stattfinden zu lassen, und zwar in streng vertraulicher Erörterung. Am Schlusse der Beratung soll ein vereinbarter Bericht darüber ausgegeben werden.

Die Reichstanzlerrede.

Als erster nahm der Reichstanzler das Wort. Er sprach den befriedigenden Stand unserer Beziehungen zu den Neutralen, die auch durch die unerhörten Anstrengungen der feindlichen Presse nicht gestört werden konnten. Er hob hervor, daß wir die den Neutralen durch den Wirtschaftskrieg der Entente zugefügten Leiden lebhaft beklagen und stets bereit sind, an der Verjüngung der Neutralen teilzunehmen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs nehmen rasch zu; noch scharfer macht sich die wirtschaftliche Not mit den unpolitischen Begleiterscheinungen in Italien fühlbar. In England übt der U-Boot-Krieg eine sichere, unerwünschte Wirkung aus. Nur die trügerische Hoffnung auf einen Zwiespalt bei uns läßt die leitenden britischen Staatsmänner heute noch an den Kriegsziele festhalten, oder doch solche vorzuziehen, die mit den politischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Deutschlands völlig unvereinbar sind. In den Vereinigten Staaten läßt die Regierung mit allen Mitteln, auch durch unerhörten Terrorismus, bis in den weitesten Kreisen schwebende Kriegsluft aufzujucheln. Dem angekündigten militärischen Kräfteinsatz der Vereinigten Staaten sehen wir ruhig und unerschrocken entgegen. In England herrscht eine gewisse Unklarheit, insbesondere

sind die Transportmittel den Aufgaben in keiner Weise gemessen. Zur Pappnote führte der Reichstanzler aus, die deutsche Note sei bei unseren Freunden und Verbündeten beifällig und bei der Mehrzahl der Gegner offensichtlich verlegen aufgenommen worden. Es sei schwer verständlich, wie ein Kenner der internationalen Lage und internationalen Gebräuche jemals glauben könnte, wir würden in der Lage sein, in der einseitig gegebenen öffentlichen Erklärung die Lösung so wichtiger Fragen, die in einem unlöslichen Zusammenhang mit dem ganzen bei den eventuellen Friedensverhandlungen zu besprechenden Fragenkomplex stehen, durch eine einseitige Erklärung zu unseren Ungunsten festzulegen. Jede derartige öffentliche Erklärung könnte gegenwärtig nur verwirrend wirken und die deutschen Interessen schädigen. Wir wären dem Frieden nicht einen Schritt näher gekommen und hätten bestimmt kriegsverlängernd gewirkt. Der Reichstanzler fuhr fort: Ich nehme für die Reichsleitung das Recht in Anspruch, das die leitenden Staatsmänner in allen feindlichen Staaten für sich in Anspruch genommen haben und noch bis in die neueste Zeit in Anspruch nehmen. Ich muß den Standpunkt der Reichsleitung klar feststellen, von dem wir uns nicht abdrängen lassen werden, daß ich es zurzeit ablehnen muß, unsere Kriegesziele zu präzisieren und unsere Unterhändler festzulegen. Wenn sich die Mitglieder des hohen Hauses und der Presse mit uns auf diesen Standpunkt stellen wollten, würde die Situation unendlich erleichtert und gefördert, und der Weg zum Frieden würde zum Segen des Vaterlandes von vermeidbaren Hemmnissen befreit werden. Zum Schluß wandte sich der Reichstanzler gegen die Wilsonsche Antwort auf die Pappnote. Der Versuch Wilsons, zwischen Volk und Regierung in Deutschland Zwiespalt zu säen, ist aussichtslos. Die Note hat das Gegenteil dessen erreicht, was sie wollte. Sie hat uns fester zusammengefügt in dem harten Willen, jeder fremden Einmischung entschlossen und kraftvoll Trost zu bieten. Die Flamme, aus dieser Empörung heraus geborenen Proteste, insbesondere der des Reichstagspräsidenten, haben dies bestätigt. So wenig wie die Wilson-Note wird irgend ein anderer feindlicher Versuch im deutschen Volke leben und siegen; so lange uns der Ring der Gegner zur Verteidigung unseres Daseins und unserer Zukunft zwinnt.

Was Kühlmann sagte.

Staatssekretär v. Kühlmann: Anschließend an die Ausführungen des Herrn Reichstanzlers möchte ich mir gestatten, noch einige Punkte der Lage Europas näher zu beleuchten. Vor allem will ich auf die in den heutigen Morgenblättern erschienenen Nachrichten eingehen, es erzieht eine deutsche Note über Belgien. Es ist eine der dreistesten Entwürfe, die mir jemals in meiner politischen Praxis vorgekommen sind. Sie ist wahrscheinlich französischer Art. In der ganzen Sache ist kein wahres Wort. Der Telegraph hat uns gestern Abend und heute früh die von Reuter übermittelten Auszüge aus einer Rede gebracht, die der Führer der Opposition im britischen Unterhause, Minister Asquith, gehalten hat. Ein Landsmann von Minister Asquith, ein distinguiertester politischer Schriftsteller, hat einmal den gegenwärtigen Zustand der europäischen Diplomatie dahin gekennzeichnet, daß sie darin bestünde, daß leitende Staatsmänner verschiedener Nationen sich von öffentlichen Rednertribünen aus gegenseitig anlästern. Wenn die Reuterschen Auszüge ein getreues Bild dessen geben, was Minister Asquith gesagt hat, so glaube ich jedenfalls behaupten zu können, daß er uns auf dem Wege, der für Europa möglich ist, um keinen Schritt gefördert hat. Ich will aber nicht in die schlechte Gewohnheit verfallen, auf ergebnisgemäße recht unzuverlässige telegraphische Auszüge hin meritorisch auf den Inhalt der englischen Rede einzugehen. Ich komme nun zum eigentlichen Thema unserer jetzigen Debatte: Zur Note St. Petersburg des Papstes. Wie immer auch das unmittelbare Ergebnis des päpstlichen Friedensschrittes ausgefallen möge, dies eine Note ist nicht an sich fest zu sagen.

in der Antwort auf die Note des Heiligen Vaters. Der Konser- vative habe in seiner heutigen Rede ja gleichfalls festgestellt, daß durch Aufnahme der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 in der Antwort an den Papst diese einen wesentlich anderen Charakter erhalten habe. Sonach stehe fest, daß eine Abwendung der Politik der Regierung von der des Reichstages nicht möglich sei. Eine rückwärtige Wendung würde die Unglaubwürdigkeit und Unzuverlässigkeit der Reichsleitung in einer Weise dargetan, daß ein ferneres Verhandeln mit ihr unmöglich würde. Eines der wichtigsten Mittel, zum Frieden zu kommen, sei die volle Einmütigkeit zwischen Volk und Regierung. Diese sei gegeben. Die Opposition gegen die Antwort der Regierung vom 19. September, die sich auf die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli stütze, erschwere die Lage. Das dürfe niemand außer Acht lassen. Er bedauere deshalb die Haltung der Konservativen und begrüßte die entgegenkommendere Stellungnahme der Nationalliberalen, wie sie der Redner dieser Fraktion heute bekundet habe.

Nach einer kurzen Feststellung des Redners der National- liberalen bezüglich seiner Ausführungen über Begien wurde die Frage der Gefangenensituation berührt. Der Berichterstatter, Prinz Schönau-Carolath, dankte einleitend neben anderen Stellen der Schweizer Regierung für die fürsorgenden Schritte und Maßnahmen zugunsten der Gefangenen. Die weiteren Verhandlungen waren vertraulich.

Mus Lübeck und den Hamburggebieten.

Sonabend, 29. September.

Millionen Herzen ...

Millionen Wunde Herzen seh' ich bluten,
so viele Tränenströme seh' ich fluten,
von frecher Willkür weit die Welt zerrüttet,
der Menschheit Freundschaft rings verschüttet;
ich seh' gepreißt von hochgestellten Zwergen
gefang'ne Riesen, knirschend ihren Schergen.
Nikolaus Venau.

Auch Liebert schloß gestern seine Rede mit einem Venau'schen Zitat. Dies dünkt uns aber viel zeitgemäßer.

Die Alldeutschen

Freien ihre Agitation gegen die baldige Herbei- führung eines Verständigungsfriedens immer rüh- riger. Auch hier in Lübeck. Zu gestern abend hatten sie eine Ver- sammlung nach der Stadthalle einberufen, in welcher der bekannte Reichstagsabgeordnete v. Liebert über den „Deutschen Frieden“ sprach. Bekanntlich ist dieser angebliche deutsche Frieden ein solcher, wie ihn die Mehrheit des Deutschen Reichstages nicht will. Nicht weniger als 13 heftige Redner, darunter „unpolitische“ wie Industrieverein, Gartenbauverein, Gemeinnützige Ge- sellschaft usw. luden ihre Mitglieder ein, diese Versammlung zu besuchen. Die Folge war, daß der Saal gut besetzt war. Reichlich ein Drittel der Anwesenden bestand aus Frauen; Arbeiter sah man wenig oder garnicht.

In seiner Ausführungen gab v. Liebert besonders seiner Unzufriedenheit mit dem Reichstag und der deutschen Diplomatie Ausdruck. Danach schienen gerade die unfähigsten Leute Reichs- tagsabgeordnete und Reichstagsmitglieder zu werden. Sehr unfeindlich beurteilte er die demokratische Verfassung Elsaß-Lothringens, die ihm garnicht paßt. Dann wünschte er einen größeren Geheim- fonds für das auswärtige Amt, damit dieses in der Lage wäre die ausländischen Zeitungen zu beschaffen, wie das von den Freiden- tischen gefordert sei. Mit Kühnmann, der gesagt hat, der künftige Friede müsse auf Macht und Recht aufgebaut sein, ist Redner gar- nicht einverstanden. Macht geht vor Recht ist seine Losung. Der Friede könne nur von uns diktiert werden. Dazu befähigten Deutschland seine militärischen Erfolge und seine Kampfmittel, die rücksichtslos angewendet werden sollten. Dann kam Liebert auf seine Kriegsziele zu sprechen. Nach einem Ueberblick auf Eng- lands Eroberungen in früherer Zeit trat er für die Annexion der baltischen Provinzen, für eine polnische Autonomie unter deutscher Oberherrschaft, für die Annexion der holländischen Küste und der belgischen Maasbesitzungen ein. Auf Belgien soll Deutschland im übrigen die Hand legen und ihm eine Scheinselfständigkeit ge- währen. Frankreich ist dem Vortragenden so unsympathisch, daß er von ihm nichts will; höchstens das Becken von Brüssel. Die Rückgabe der besetzten französischen Provinzen soll allerdings nur gegen einige Milliarden erfolgen. Dazu noch die Hälfte von Ma- rocko und ein zusammenhängendes Kolonialreich in Afrika, sowie Stützpunkte im großen Ozean, das sind so die Forderungen, die von Deutschland als Kriegsziele nach Lieberts Mei- nung vertreten werden müssen. Auf die Rückgabe von Kiauchou rechnet er nicht mehr. Befehden sind die Eroberungspläne der Alldeutschen danach nicht. Die Frage ist nur, wie sie durchzu- setzen sind. Denn daß sich die feindlichen Regierungen in abseh- barer Zeit darauf einlassen werden, wird im Ernst wohl nie- mand glauben. Soll deshalb der Krieg, wenn ein Friede der Verständigung erreicht werden könnte, weiter geführt und die fürchterlichen Opfer endlos vermehrt werden? Wer die alldeutschen Eroberungsziele billigt, muß auch dafür sein. Allerdings steht Liebert voraus, daß wohl doch nicht seine Ziele insgesamt erreicht werden können, und für diesen Fall sollen sie das sein, was in der Zukunft zu erstreben ist! Da haben wir also schon Ziele für neue Kriege, obwohl der gegenwärtige noch das Blut blühender Men- schen in Strömen fließen läßt.

Daß Schweden „vom Pazifismus verwehrt“ ist, tut Herrn Liebert in der Seele weh! Er hätte es gern gesehen, wenn sich auch die skandinavischen Länder in den Feuerwirbel des Krieges gefügt hätten. Herr Liebert erzählt dann noch, daß die Soldaten, mit denen er gesprochen, nicht viel Interesse dafür gezeigt hätten, was anerkennenswert sein sollte. Das wollen sie den hohen Herren in Berlin überlassen. Nur als Steiger heimzukehren sei ihre Pflicht. Solche Soldaten, die für die alldeutschen Kriegs- ziele ihr Leben lassen wollen, wird er wohl schwerlich finden. Daß die große Masse der Bevölkerung den alldeutschen Standpunkt nicht teilt, weiß auch Herr Liebert, der sich bewegtlich darüber beklagte, daß trotz reger Agitation in seinem früheren Wahlkreis nicht er, sondern der „Sozi“ gewählt wurde. Deshalb forderte er die Anwesenden zur Aufklärung der breiten Volksschichten auf. Wir sind der Anschauung, daß gerade die vorhandene Aufklärung der Bevölkerung das stärkste Hemmnis für die Agitation der All- deutschen bildet.

Die Darlegungen Lieberts fanden nur bei einem Teile der Anwesenden Beifall. Die anderen gingen schweigend und schnell zum Saal hinaus, als der General, der nicht in Uniform erschie- nen war, gendert hatte.

Das Winterprogramm der freien Jugend tritt am 1. Oktober in Kraft. Das Jugendheim bleibt mit Rücksicht auf den Kohlen- mangel und die Gasersparnis dieses Winterhalbjahrs wöchentlich einen Tag mehr geschlossen als in früheren Jahren. Es ist nur Mittwochs, Donnerstags, Freitags und Sonntags geöffnet. Mont- tag, Dienstag und Sonnabend bleibt es geschlossen, mit Ausnahme jedes letzten Sonnabends im Monat, an dem der Arbeiter- Abfinteubund eine Jugendzusammenkunft veranstaltet. Für das kommende Vierteljahr sind folgende Vorträge an den Mit- wochs abends in Aussicht genommen: Mittwoch, 3. Oktober: Wilh. Bruns: „Holländische Volksmärchen“; 10. Oktober: Carl Tsch. Die Aufgaben unserer Jugendbewegung“; 17. Oktober: Frau Luise Jaekst: „Die weibliche Jugend“; 24. Oktober: J. H. Radde: „Das Koalitionsrecht“; 31. Oktober: W. Bromme: „Die Reformation“; 7. November: H. Gries: Lichtbildvortrag: Eine Rheinreise“; 14. November: W. Brockmüller: „Arbeiter- Jugend und Alkohol“; 21. November fällt des Bußtages wegen aus. Am 28. November: Paul Hoff: „Das Zeitungswesen“; 5. Dezember: J. Stellungnahme und Folgen des Welt- krieges“; 12. Dezember: W. Bromme: „Emile Zola“; 19. De- zember: Paul Hoff: „Die Reichsverfassungsordnung“; 26. De-

Der amtliche Kriegsbericht.

222. Großes Hauptquartier, 29. Sept. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der flandrischen Front und zwischen Southou- lterwald und Ds wechselte die Kampftätigkeit der Artillerien in ihrer Stärke. Festigen Trommelfeuern in den Abendstunden östlich von Ypern folgten nur bei Zornheke englische Teil- angriffe.

Am Weg Ypern-Paschendale wurde der Feind aus der Trichterlinie, die er dort noch hielt, geworfen.

Im Ueberflchwemmungsgebiet der Yser brachten unsere Et- lunder bei Zusammenstößen mit Belgiern Gefangene zurück.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Nordöstlich von Soissons und vor Verdun verstärkte sich der Feuerkampf zeitweilig beträchtlich. Er blieb an der Maas auch nachts lebhaft. Unsere Vorpostengefächte, die unsere Sturm- truppen in die französischen Stellungen führten, hatten vollen Erfolg.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Bei Biesel im Sundgau blieben bei einem französischen Vor- stoß einige Gefangene in unserer Hand.

London und mehrere Orte an der englischen Südküste wur- den von unseren Fliegern mit Bomben angegriffen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Prinzen Leopold von Bayern:

Die meist geringe Gefechtsstärke steigerte sich nur vorüber- gehend bei Erkundungsunternehmen nördlich der Düna, westlich von Rucel und am Jhurucz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Russische Abteilungen, die mit Rähnen über den Sereth und den St. Georgs-Arm der Donau geleitet hatten, wurden durch schnellen Gegenstoß vertrieben.

Mazedonische Front:

Keine größeren Gefechtskämpfe.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

gember: Weihnachtsfeier. Es ist außerdem ein Museumsbesuch unter Führung von E. Kühne vorgezogen. Vielleicht ist es auch möglich, den jugendlichen Gelegenheit zum Besuch einiger Vor- stellungen des Stadttheaters zu geben. Für die Vorstellung der Gewerkschaften im Hansa-Theater am Sonntag, dem 7. Oktober, stehen eine Anzahl Karten zur Verfügung, die ausgelost werden. Es ist den jugendlichen weiterhin dringend anzuraten, die Turn- stunden des Arbeiter-Turnvereins an jedem Dienstag in der Schule am Langen Lohberg zu besuchen. Außerdem ist es unbedingt nötig, für das Organ unserer Jugendbewegung, der „Arbeiter-Jugend“, neue Leser zu werben.

Der Jugendausflug.

Ausgabe von Zuzahrbrotarten für die arbeitende Bevölkerung. Für die Zeit vom 30. September bis 8. November ds. Js. werden Zuzahrbrotarten für die arbeitende Bevölkerung nach den Be- stimmungen des Polizeiamtes vom 22. August ds. Js. ausgegeben und zwar a) für Schwerarbeiter solche über 500 Gramm Brot wöchentlich, b) für Minderarbeiter solche über 400 Gramm Brot wöchentlich. Die näheren Bestimmungen sind aus dem An- zeigenteil ersichtlich.

40 Gramm Butter und 40 Gramm Margarine gelangen in der kommenden Woche pro Person zur Ausgabe.

Bekanntmachung betr. Bestandserhebung von Holzspänen. Heute ist eine Be- kanntmachung betr. Bestandserhebung von Holzspänen aller Art erschienen. Gleichzeitig ist die Bekanntmachung betr. Bestand- erhebung von Holzspänen aller Art vom 27. Juni 1917 außer Kraft getreten. Nach der neuen Bekanntmachung sind melde- pflichtig alle Vorräte an Sägespänen (Sägemehl), Hobelspänen und anderen Holzspänen (Drehspänen, Maschinenpansen usw.), sowie aller Anfall und Abgang an diesen Gegenständen während des dem Stichtag vorausgegangenen Monats. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzufehen.

Keine Zeitungsfalender mehr! Durch Bekanntmachung des Reichsfinanzamtes vom 25. September 1917 ist das Bezugs- und Ver- brauchsrecht von mehrlinigen, holzhaltigen Druckpapier für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1917 in der gleichen Höhe wie bisher festgesetzt worden. Gleichzeitig ist im Interesse der Ersparnis an Papier die Beifügung von Fahrplänen, Kurs- büchern und Kalendern jeder Art zu Zeitungen und Zeitschriften jeder Art verboten und angeordnet worden, daß Extrablätter nur in einer bestimmten Größe herausgegeben werden dürfen.

Zur Schußlohlenverlozung. Von der „Kriegshilfe“, Abtei- lung für Schußlohlenverlozung, wird uns geschrieben: Bekannt- liches hatte die „Kriegshilfe“ sich bei der Gesellschaft für freigege- benes Leder in Berlin wiederholt bemüht, Leder für die mindere- bemittelte Bevölkerung zu bekommen. Es gelang ihr auch, drei Sendungen zu erhalten, die unmittelbar an die milderbemittelte Bevölkerung zum Selbstkostenpreise abgegeben wurde. Jetzt aber stoßt diese Sohlenzufuhr vollkommen und ist auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, daß hierin Besserung eintritt. Die ge- nannte Abteilung der „Kriegshilfe“ hat sich deshalb bemüht, Er- schlohlen zu bekommen und sind solche in größerer Anzahl und al- ten Größen auch aus Berlin eingetroffen. Es sind Sohlen in verschiedener Ausführung; teils glatte Holzsohlen aus einem Stück Holz angefertigt, teils Holzsohlen aus geteilteten Stücken zu- sammengestellt mit Sohlenstreifen versehen und teils Holzsohlen, die mit Lederstreifen bemantelt sind. Wenn auch der Sohlenersatz natürlich längst nicht den Lebenslohlen entspricht, so ist doch ander- teils der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, für einen bil- ligen Preis diese Sohlen zu erwerben, um über die schlimmste Not hinwegzukommen. Die Preise der Sohlen betragen je nach Größe 1 Mk. bis 1,85 Mk. und werden laut Inserat in der heutigen Nummer unserer Zeitung an die gesamte Bevölkerung ohne Vor- zahlung irgendwelcher Legitimationspapiere abgegeben. Die Abtei- lung Schußlohlenverlozung der „Kriegshilfe“ erlucht daher die Bevölkerung, recht zahlreich von diesem Angebot Gebrauch zu machen. Ueber die Zeit der Abgabe und Ort siehe Inserat!

Schluss der Badezeit. Die Badeanstalten am Jalken- b am und in Moissling werden am Sonntag geschlossen.

Zeichnung auf die 7. Kriegsanleihe. Auf die 7. Kriegsanleihe zeichnete die Firma Jost Hnr. Hademann u. Sohn Lübeck 600 000 Mark.

Stadttheater. Spielplan: Sonntag „Lohengrin“. Dienstag „Faust“, 1. Teil. Mittwoch „Der Barbier von Sevilla“. Donner- stag „Lohengrin“. Freitag „Faust“. Sonnabend „Lohengrin“. Son- ntag „Der Barbier von Sevilla“.

Hansatheater. Man schreibt uns: Am Sonntag abend um 7 Uhr gelangt im Hansatheater „Unter der blühenden Linde“, ein schönes Spiel mit Gesang, wie die Verfasser es nennen, zur Aufführung. Zu der reizenden romantischen Handlung hat Fr. Geller eine ansprechende Musik geschrieben. Das lebensprägende, humorvolle Werk wird sicherlich auch hier wieder Freunde finden. Sonntag nachmittag 3 Uhr wird auf allgemeinem Wunsch das mit großem Beifall aufgenommene Kinder-Märchen „König Drossel- bart“ wiederholt. Am Montag wird „Die tolle Komtesse“ wieder-holt und am Dienstag: „Unter der blühenden Linde“. Vorver- kauf Holzspänen und Hansatheater-Kasse.

Bildausstellung und Willkommensfeier. In der kommenden Woche ist die Bildausstellung Sonntags von 11-12 Uhr, Mont- tag von 11-1 Uhr und Mittwochs von 4-6 Uhr geöffnet. Die

Bildausstellung, die voraussichtlich nur noch in den nächsten beiden Wochen stattfinden kann, ist wie bisher Sonntags von 11-4 Uhr und Mittwochs von 4-6 Uhr unentgeltlich zu besichtigen.

Stade. Ein gemeingefährlicher Einbrecher wurde von der hiesigen Strafammer für 10 Jahren zwei Monaten Zuchthaus und sechs Wochen Haft verurteilt. Der Angeklagte, Schlosser David Biker aus Fohrbach, Kreis Saar- gemünd, hatte sich wegen nicht weniger als 39 schwerer, einsehender und versuchter Diebstähle zu verantworten. Ein großer Teil fällt davon auf die Jahre 1907 bis 1909. Hierbei handelt es sich um Einbrüche in seiner Vaterstadt, in Metz und Umgegend usw. Wegen einer ganzen Reihe anderer Einbrüche wurde er 1909 zu insgesamt 7 Jahren, 7 Monaten Zuchthaus verurteilt. Während eines kurzen Aufenthalts im Gefängnis zu Lüttich brach er aus und verübte mehrere Einbrüche in Lüttich, Steinbrücken und Metz. Nach Abbüßung einer Zuchthausstrafe von 7 Jahren 7 Monaten verübte er weitere Einbrüche in Sarburg, Burgheide, Oldenburg, Elbde, Bremerörde, Hamburg und Umgegend. Das gemeingefährliche Treiben des kaum 30 Jahre alten Verbrechers wurde als straferswerend angesehen, weshalb das Gericht auf die oben erwähnte Freiheitsstrafe erkannte.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 28. September. Im Sperrgebiet um England wur- den durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 22 000 Brutto- Register-tonnen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befinden sich der bewaffnete englische Dampfer „Queen Namack“ (4278 To.) mit Pfahs aus Archangel nach England, 2 tiefbeladene Dampfer, davon einer bewaffnet und englischer Nationalität, ferner die fran- zösischen Segler „Blanche“ und „Memorieque“ mit Kohlen für Frank- reich und der russische Segler „Mesta“, welcher letztere drei unter Sicherung führen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

tu. Genl, 28. September. Eine „Temps“-Depesche aus Buenos-Aires jagt, die argentinische Regierung verharre noch immer in ihrer abwartenden Haltung. Viel besprochen werde folgende Depesche des argentinischen Gesandten: Die deutschen Zu- geständnisse konnten nicht vollkändiger und kategorischer sein, ihr Inhalt sicher sein, daß die kaiserliche Regierung ihr Versprechen halten wird. (Woll. Ztg.)

tu. Amsterdam, 28. September. Die „Morning Post“ be- richtet aus Washington, daß Präsident Wilson den Obersten Hofe, seinen Vertrauten und politischen Berater beauftragt habe, Vor- bereitungen für die Friedenskonferenz zu treffen. Auch Frank- reich und England haben schon vor einiger Zeit Vorbereitungen für den Frieden getroffen. Präsident Wilson hält es aber für wichtig, einen Nachrichtenendienst einzurichten, der den amtlichen diplomatischen Dienst ergänzen soll und nicht an amtliche Beziehun- gen gebunden ist. Er wünsche dadurch auf dem laufenden gehalten zu werden über die allgemeine politische Lage, die Ansichten in Europa, die Pläne der Entente und ihre Anschauungen über die Friedenskonferenz. (Berl. Lok.-Anz.)

Stockholm, 28. September. Laut einer Meldung aus Ha- paranda nach die Sitzung des Petersburger Sowjet einen kümme- lichen Verlauf. Viele Redner griffen die Regierung an. Beson- ders getadelt wurde Ministerpräsident Kerenski, der von einigen Rednern sogar beschuldigt wurde, an der Kornilow-Affäre beteiligt zu sein. Dabei schlug man vor, der Sowjet solle die Regierungs- macht übernehmen. Ein Redner führte aus, Kerenski's Offensive gegen die Mittelmächte sei ein Verbrechen gewesen, das die Resolu- tion auf den Weg zum Untergang geführt habe. Es wäre an der Zeit festzunehmen, daß die Revolution mit dem Kriege unzer- einbar sei. (Berl. Tagebl.)

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Der Knochenverkauf.

Man liest immer in den Zeitungen, wie toll durchhalten; aber das wird uns schwer gemacht. Wenn man Gelegenheit hat, sich die Zustände bei der Knochenverteilung in der Brodstraße anzusehen, dann wird manchem schon die Luft zum Durchhalten vergehen. Da stehen wir von 7 bis 10 Uhr bei Herrn Cadore und warten auf ein paar Knochen. Wenn Herr C. dann kommt, heißt es gewöhnlich, es gibt keine; jetzt, auch nach Hause. So geht es Tag für Tag, und wir können wieder mit unseren leeren Taschen nach Hause gehen, und müssen nicht, was wir Mann und Kindern auf den Tisch legen wollen. Diesen morgen waren wir mit etwa 300 Personen, mit Urlaubern bei Herrn C. Um 9 1/2 Uhr kam ein Schußmann, der sagte zu den Urlaubern, das beste wäre, sie gingen zum Schachhof und meldeten sich beim Inspektor. Denn Herr C. hätte gesagt, die Knochen wären alle von der Mi- litärbehörde beschlagnahmt. Da bekamen die Urlauber 3 Pfund Knochen, was ihnen gewiß zu gönnen ist. Aber wir gingen wieder einmal leer aus; für uns war nichts da. Unser Mittagessen be- stand wieder aus trockenen Kartoffeln und Salz. Während wir noch standen, kam das Dienstmädchen von Dr. Sch., das hatte einen Korb voll und noch ein Paket. Für Herzkranke sind Fleisch und Knochen wohl nicht beschlagnehmbar? Und da soll die Bevölle- rung ruhig bleiben. Ich halte es auch für ganz falsch, daß nur noch einzelne Fabriken Knochen bekommen, während die übrigen Arbeiter nichts erhalten. Weiter ist es dringend notwendig, den Verkauf von Knochen an mehreren Stellen in der Stadt, am besten bei den Schlachtern, vorzunehmen. Was sollen heute solche Frauen anfangen, die nicht auf Arbeit gehen können und ihre 5-6 Kinder haben. Kann die Behörde es garnicht anders ein- richten, daß es etwas gleichmäßiger verteilt wird? Wir sollen doch auch alle durchhalten. Hoffentlich steht die Behörde es ein, daß diese Zustände nicht bestehen können, und trifft andere Maß- nahmen. Einer für viele. W. St.

Berkührendlich hat man beobachten können, daß Kinder ver- suchten, die Plakate abzureißen, die zur Zeichnung der Kriegs- anleihe auffordern. Vielleicht will unsere Jugend, die ja bei den letzten Kriegsanleihen so wacker mitgeholfen hat und auch bei dieser nicht zurückstehen wird, damit sagen: „Solche Mittel brau- gen wir hier nicht, wir zeichnen auch so, um zum Sieg unserer Vaterlandes und zur Bewehrung des Krieges nach Kräften bei- zutragen.“ Oder mag's auch aus anderen Gründen, vielleicht nur aus Zerstörungsdrang, geschehen sein, jedenfalls ist dies Abreißen der Kriegsanleihe-Anschläge ein grober Unfug, den nicht nur die Erwachsenen, sondern auch die Verständigen unter der Jugend nach Kräften verhindern sollten. Denn solch ein halbabergerisches Plakat beleidigt nicht nur unser Schönheitsgefühl, sondern macht auch noch außen hin einen schlechten Eindruck. Ein Fremder, der es sieht und nicht weiß, welche stofflichen Summen unsere Stadt zu den bisherigen Kriegsanleihen beigetragen hat, könnte ja meinen, daß Lübeck von der neuen Anleihe nichts wissen wolle. So werden diese Plakate „dem Schutze des Publikums empfohlen.“ Nach dem 19. Oktober werden die Plakate ohnehin von den Wänden wieder entfernt; dann kann die liebe Jugend nach Her- zenslust mitheifen beim Abreißen. Bis dahin mag sie ihren Latenzdrang auf diesem Felde bethätigen!

Es wird demnach wahrscheinlich noch ein anderer Anschlag für die Kriegsanleihe erscheinen. Gewiß werden die Lokalmehrheit auf Wunsch gern den Aushang dieses Bildes in ihren Schaufenstern gestatten. Pastor Denker.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Hamburggebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Hoff, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Steinfert, Redakteur: J. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Druckerei in Lübeck.

Ausgabe von Zusatzbrotarten für die arbeitende Bevölkerung.

1. Für die Zeit vom 30. September bis 8. November 1917 werden Zusatzbrotarten für die arbeitende Bevölkerung nach den Bestimmungen des Polizeiamts vom 22. August d. J. ausgegeben und zwar

- a) für Schwerarbeiter solche über 500 Gramm Brot wöchentlich,
- b) für Minderarbeiter solche über 400 Gramm Brot wöchentlich.

2. Die Zusatzbrotarten über 500 Gramm Brot werden unter Vorlegung der gelben Arbeitgeberbescheinigung ausgegeben an die Verbraucher, deren Familiennamen anfangt

- mit den Buchstaben A bis F am Dienstag, dem 2. Oktober 1917
- mit den Buchstaben G bis K am Mittwoch, dem 3. Oktober 1917
- mit den Buchstaben L bis R am Donnerstag, dem 4. Oktober 1917
- mit den Buchstaben S bis Z am Freitag, dem 5. Oktober 1917

und zwar:

- a) in der inneren Stadt: in den Geschäftsräumen des Polizeiamtes, Mengstraße 6, I,
- b) in der Vorstadt St. Lorenz: Polizeiwache St. Lorenz, Hanfsackstraße,
- c) in der Vorstadt St. Gertrud: Polizeiwache St. Gertrud,
- d) in der Vorstadt St. Jürgen: Polizeiwache St. Jürgen, Rabeburger Allee,
- e) in Travemünde bei der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,
- f) im übrigen Eingemeindungsgebiet bei den Polizeistationen,
- g) im Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

3. Die Zusatzbrotarten über 400 Gramm Brot werden unter Vorlegung der grauen Arbeitgeberbescheinigung ausgegeben an die Verbraucher, deren Familiennamen anfangt

- mit den Buchstaben A bis L am Dienstag, dem 2. Oktober 1917
- mit den Buchstaben M bis Z am Mittwoch, dem 3. Oktober 1917

und zwar:

- a) für die Brotartenbezirke 1 und 2 (Jakobi- und Marien-Magdalenen-Quartier) in der Kanzleiwache,
- b) für die Brotartenbezirke 3 und 4 (Marien- und Johannis-Quartier) in der Dominabenschule Domkirchhof 5,
- c) für die Brotartenbezirke 5 und 6 (Vorstadt St. Jürgen) in der Gastwirtschaft „Zur Hoffnung“, Hütertort-Allee 23 a,
- d) für die Brotartenbezirke 7 und 8 (St. Lorenz-Süd) im Gasthof „Zum Neuertag“, Moislinger Allee 18,
- e) für den Brotartenbezirk 9 (St. Lorenz III) in der Gastwirtschaft von Loffhagen, Fadenburger Allee 38,
- f) für die Brotartenbezirke 10 und 11 (St. Lorenz-Nord IV und V) in der Schänkwirtschaft von Wiende, Waisenhoffstraße 23,
- g) für die Vorstadt St. Gertrud im Bürgerverein, Königl. 25,
- h) in Travemünde bei der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,
- i) im übrigen Eingemeindungsgebiet bei den Polizeistationen,
- k) für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

4. Die Zusatzbrotarten werden nur an den vorstehend unter 2 und 3 genannten Zeiten ausgegeben.

5. Die Fortdauer der Arbeit ist von demselben Arbeitgeber unter erneuter Weidrud des Firmen- oder Dienststempels nebst Namensunterschrift zu bescheinigen. Bei einem Wechsel des Arbeitgebers verliert die Bescheinigung ihre Gültigkeit.

6. Die Abholung der Karten darf nicht durch Kinder unter 10 Jahren geschehen.

7. Bei Stellung des Antrages auf Bewilligung einer Zusatzbrotkarte ist das Lebensmittelbuch vorzulegen.

Lübeck, den 29. September 1917. (2889)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln.

Auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichsanwalters betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln vom 21. Juli 1917 hat die Seifenherstellung- und Vertriebs-Gesellschaft folgende Anordnung getroffen.

Wiederverkäufer, welche fetthaltige Waschmittel unmittelbar an Verbraucher abgegeben, haben die bei der Abgabe von Seife und Seifenpulver gesammelten Seifenkartenabschnitte des abgelassenen und laufenden Monats getrennt nach Seifen- und Seifenpulverabschnitten spätestens bis zum 8. jeden Monats beim Polizeiamt, Mengstraße 4, I überreichlich aufgestellt mit einer Aufstellung einzureichen über die abgelieferte Zahl der Karten und der ihr entsprechenden Gewichtsmenge (in Kilogramm und Gramm).

Das Polizeiamt stellt den Wiederverkäufern auf den von diesen vorzuliegenden Vorbruden mit Unterschrift und Stempel versehenen Empfangsbescheinigungen über diejenigen Mengen Seife und Seifenpulver aus, auf welche die abgelieferten Abschnitte lauten.

Die Abgabe von K. A. Seife oder K. A. Seifenpulver an Wiederverkäufer ist nur gegen Abgabe von Empfangsbescheinigungen gestattet.

Vordrucke für die Empfangsbescheinigungen, sowie genaue Anweisung über den Geschäftsgang sind durch die Großhändler, Grobbräcker oder die Seifenvertriebsstelle in Hamburg, Drogenbagenstraße 6, zu beziehen.

Die Wiederverkäufer haben den durch die Seifenherstellung- und Vertriebs-Gesellschaft bekannt gegebenen Bestimmungen des Abrechnungsausschusses hinsichtlich der Lieferung, der Werbung der Stände und abzugebenden Mengen nachzukommen.

Die Bekanntmachung tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft, d. h. ab dem ersten Male bis zum 8. Oktober 1917 Seifenkartenabschnitte sowie Empfangsbescheinigungen des Monats September und des Monats Oktober 1917 zum Austausch gegen Empfangsbescheinigung bei dem Polizeiamt einzureichen sind.

Lübeck, den 29. September 1917. (2916)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend Ermittlung der Herbstkartoffelernte.

Jeder Kartoffelerzeuger mit einer Herbstkartoffelanbaufläche von mehr als 200 qm hat das Gewicht der von ihm seit 15. September 1917 geernteten Mengen fortlaufend täglich festzustellen und zu notieren. Die Gewichtsfeststellung hat in Zentren zu erfolgen, insbesondere ist auch das Gewicht der zur Wintereinlagerung in Mieten bestimmten Mengen vorher genau festzustellen und zu notieren. Soweit die Kartoffelernte nicht bis zum 5. Oktober 1917 beendet ist, sind die noch nicht geernteten Kartoffeln von dem Kartoffelerzeuger unter Berücksichtigung des bisher festgestellten Durchschnittsertrages der Ernte zu schätzen oder ist durch Proberobungen der voraussichtliche Ertrag möglichst genau zu berechnen.

Das gewonnene Ergebnis ist bis spätestens den 10. Oktober 1917 mitzuteilen, in der Stadt und in den Vorstädten der Städtischen Kartoffelstelle, in den eingemeindeten Gebieten den Polizeistationen und im Landgebiet den Gemeindevorständen.

In den Landgebieten haben die Gemeindevorstände das Ergebnis in eine bei ihnen vom 1. bis 10. Oktober 1917 ausliegende Liste einzutragen. In der Stadt und in den eingemeindeten Gebieten hat die Mitteilung auf besonderem Formular zu geschehen, welches vom 1. bis 5. Oktober in Lübeck auf den Polizeiwachen, in den eingemeindeten Gebieten auf den Polizeistationen abgeholt werden kann.

Zuwiderhandlungen gegen die Anordnung werden nach den Strafvorschriften des § 17 Nr. 3 der Bundesratsverordnung vom 28. Juli 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 569) bestraft.

Lübeck, den 30. September 1917. (2893)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

In gegebener Veranlassung weist der Ausschuss für Kriegshilfe darauf hin, daß das Aufnehmen unreifer Kartoffeln seitens der Reichskartoffelstelle verboten ist. Die Erzeuger dürfen nur ausgereifte verlesene Kartoffeln an Verbraucher abgeben und dagegen Kartoffelkarten einziehen.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 28. September 1917. (2908)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Abt. Städtische Kartoffelstelle.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I. Außer auf Abschnitt eins und zwei können auch auf die Abschnitte drei, vier, fünf, sechs und sieben der gelben Kartoffelkarte je sieben Pfund Kartoffeln bereits jetzt abgegeben und entnommen werden. Der Verbrauch der Kartoffeln ist für die auf den einzelnen Abschnitten vermerkten Zeiten bestimmt.

II. Auf die roten Kartoffelkarten und lila Zusatzkartoffelkarten dürfen Kartoffeln nicht mehr abgegeben und entnommen werden.

III. Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 29. September 1917. (2918)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Speisefett.

In der Woche vom 1. bis 7. Oktober 1917 dürfen abgegeben und entnommen werden:

1. Auf Abschnitt M XV des Lebensmittelbuches für jede Person 40 Gramm Butter,
2. Auf Abschnitt N VI des Lebensmittelbuches für jede Person 40 Gramm Margarine,
3. auf jedes Butterbezugsheft $\frac{2}{3}$ der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 4 Teile in Butter und 4 Teile in Margarine,
4. auf Abschnitt 19 der Zusatzkarte für Schwerarbeiter 45 Gramm Margarine.

Der Verkaufspreis für 40 Gramm Butter ist auf 21 Pfg., der für 45 Gramm Margarine auf 18 Pfg. und der für 40 Gramm Margarine auf 16 Pfg. festgesetzt.

Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Lübeck, den 29. September 1917. (2913)

Das Polizeiamt.

An jeden Inhaber

eines Lübeckischen Lebensmittelbuches

Obst in beliebiger Menge

verkauft werden.

Städtische Obst- und Gemüsestelle.

Achtung! Holzsohlen!

Die Abteilung für Schuhsohlenversorgung der „Kriegshilfe“ hat einen größeren Posten Holzsohlen erworben, die am Montag, dem 1. Oktober 1917

von 1—7 Uhr nachmittags im Bureau St. Annenstr. 1 abgegeben werden.

Die Abgabe erfolgt an jedermann ohne Prüfung von Legitimationspapieren. Die Preise stellen sich je nach Größe auf

RM. 1.— bis RM. 1.55.

Es sind drei verschiedene Sorten von Sohlen vorhanden, auch sind alle Größen vorrätig.

Ausschuss für Kriegshilfe.

Abteilung Schuhsohlenversorgung.

J. A. F. Mehlert.

Eine Bekanntmachung Nr. 600/5. 17 KRA. II Ang. betreffend Bekämpfung von Holzsohlen aller Art vom 29. September 1917 wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierung-, Kreis- und Kreisblätter) sowie durch die Polizei-Verordnungen veröffentlicht.

Lübeck, den 29. September 1917. (2887)

Städt. Gesundheitsamt II. A. R.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Verbrauchszucker.

Die Abgabe von Zucker an die Verbraucher erfolgt im Monat Oktober auf die sechs Abschnitte R XIX, R XX und Q I—IV des Lebensmittelbuches. Vorläufig dürfen aber nur auf die Abschnitte R XIX und R XX je

125 Gramm für jede Person abgegeben und entnommen werden.

Winnenschiffer dürfen auf jeden Abschnitt der Wonnenschifferkarte 90 Gramm Zucker erhalten und entnehmen.

Lübeck, den 30. September 1917. (2910)

Das Polizeiamt.

Markthalle.

Die Markthalle ist an allen Wochentagen bis einschließlich 31. Oktober d. J. von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags für den Verkauf und außerdem von 7 bis 8 Uhr morgens für Wiederverkäufer geöffnet.

Ab 1. November d. J. ist die Halle von 8 $\frac{1}{2}$ Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags für den Verkauf und von 7 $\frac{1}{2}$ bis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr morgens für Wiederverkäufer geöffnet.

Sonnabends nachmittags bleibt die Halle geschlossen.

Lübeck, den 30. September 1917. (2912)

Die Betriebsbehörde.

Sienau, Dr.

Waisenhaus.

Die jährliche Hausausstellung für das Waisenhaus beginnt Mitte September. Sie wird durch die Boten J. Kartobius und P. Eickmann, welche Ausweisarten bei sich führen, wahrgenommen.

Seit seinem 375jährigen Bestehen ist das Waisenhaus durch freiwillige Gaben erhalten worden. Wir bitten daher, auch diesmal unserer Anstalt freundlich eingedenk sein zu wollen.

Jede Gabe wird dankbar entgegengenommen, da das Waisenhaus auf die Hilfsbereitschaft angewiesen ist. Dies gilt um so mehr, als infolge des Krieges die Anforderungen an unsere Anstalt ganz besonders gewachsen sind und durch die regelmäßigen Einnahmen nicht gedeckt werden können. (2894)

Lübeck, September 1917.

Die Vorsteherin des Waisenhauses.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtung.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtung stets

Lieferung frei Haus

Fernsprecher 2734.

Kriegsküchen.

Dienstag und Freitag Fleisch-

karte mitbringen. (2901)

Grudekoks

ohne Kohlenkarte.

Mein Kahn mit Grudekoks ist eingetroffen. Die Ablieferung der bestellten Mengen beginnt am Montag. (2921)

Heinrich Diestel.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Achtung Mitglieder!

Mit dem 30. September schließt unser Geschäftsjahr. Zur Feststellung des Umsatzes der Mitglieder müssen die in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917 bei den Einkäufen erhaltenen Marken, soweit sie volle zwanzig Mark betragen, und die Mitgliedsbücher in der Zeit

vom 1. bis 10. Oktober 1917

in den Warenabgabestellen abgeliefert werden.

Nur in dieser Weise abgelieferte Marken können zur Berechnung der Rückvergütung in Betracht gezogen werden.

Nach dem 10. Oktober abgelieferte Marken haben keine Gültigkeit.

Etwa den Betrag von 20 Mk. nicht erreichende Marken sind im Oktober—November 1917 beim Umtausch zu verwenden.

Die bei der Ablieferung erhaltene Quittung bitten wir sorgfältig aufzubewahren, da nur gegen Rückgabe derselben die Rückvergütung ausbezahlt wird. (2906)

Der Vorstand.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Den veränderten Verhältnissen entsprechend werden ab 1. Oktober 1917 bis auf weiteres unsere sämtlichen im Lübecker Staatsgebiet befindlichen Warenabgabestellen auch während

der Mittagszeit von 1—3 Uhr

geöffnet sein, ebenfalls unser

Kontor

welches demnach nur von

8 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags

geöffnet ist.

Der Vorstand.

Menschenstunde im Hofraum am Dom.

Unentgeltlich geöffnet Sonntag von 11—12 Uhr, Montag von 11—1 Uhr und Mittwoch von 4—6 Uhr.

Führungsbescheinigung Sonntag v. 11—4 Uhr, Montag v. 11—1 Uhr.

Die Tagung des preussischen Landtages.

Von Paul Hirsch.

Mit Spannung wird man über die Grenzen Preußens hinaus dem im Oktober beginnenden neuen Tagungsabschnitt des preussischen Landtages entgegensehen, nicht nur wegen der Bedeutung dieses Parlaments im allgemeinen und seines Einflusses auf die Gesetzgebung und Verwaltung in Deutschland, sondern mehr noch wegen der zu erwartenden Wahlrechtsvorlage, die, falls sie Gesetzeskraft erlangt, eine neue Ära in der Geschichte Preußens einleitet. Wann die Vorlage kommt, steht einstweilen noch nicht fest, sicher ist nur, daß sie entgegen der früheren Annahme, dem Abgeordnetenhaus bei seinem Zusammentritt noch nicht vorliegen wird. Wie sie aussieht, das ist einstweilen noch das Geheimnis der Regierung. Wir wissen nicht, ob die Gerüchte, daß sie zwar das gleiche, direkte und geheime, nicht aber das allgemeine Wahlrecht bringt, sondern die Ausübung des Wahlrechts an bestimmte Voraussetzungen, vor allem an eine längere Aufenthaltsdauer in der Gemeinde knüpft, auf Wahrheit beruhen. Sollte das der Fall sein, so würde eine solche Verkümmern der Rechte der Arbeiterklasse ganz selbstverständlich von sozialdemokratischer Seite dem heftigsten Widerstand begegnen. Die Sozialdemokraten und mit ihnen alle wirklichen Wahlrechtsfreunde können und werden es nicht ruhig mit ansehen, daß mit einem Schritt vorwärts, wie es die Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bedeutet, zugleich ein Schritt rückwärts verbunden ist. Gewiß ist in der Osterbotschaft und im Julielerlaß von dem allgemeinen Wahlrecht nicht die Rede, aber das war auch nicht nötig, da das allgemeine Wahlrecht in Preußen bereits besteht. Daß eine Erweiterung des Wahlrechts nach anderer Richtung hin um den Preis der Einschränkung der Wählerzahl erlaubt werden sollte, das konnte niemand ahnen.

Ob auch eine Neueinteilung der Wahlkreise geplant ist, darüber verlautet nichts. Eine Aenderung der jetzigen Wahlkreiseinteilung ist aber unbedingt notwendig, denn der heutigen Wahlkreiseinteilung, die durch und durch ungerecht ist und in der neben der öffentlichen Stimmangabe die Hauptstärke der Reaktionen wurzelt, liegen die Ergebnisse der Volkszählung vom Jahre 1858 zugrunde. Die Entwicklung Preußens innerhalb der seitdem verfloßenen 70 Jahre, die gewaltigen Verschiebungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung, können unmöglich unberücksichtigt bleiben, wenn anders es der Regierung mit der Gewährung des gleichen Wahlrechtes ernst ist. Bleibt die jetzige Wahlkreiseinteilung bestehen, so hätten wir nach Erfüllung der Verpflichtungen der Osterbotschaft zwar auf dem Papier ein gleiches, in Wirklichkeit aber ein höchst ungleiches Wahlrecht und eine weitere Bevorzugung des platten Landes vor den Städten.

Bedenklich muß es stimmen, daß mit der Reform des Dreiklassenwahlsystems auch die der Grundlagen des Herrenhauses verknüpft ist. Nicht als ob wir eine Reform der ersten Kammer nicht für dringend geboten halten. Im Gegenteil, wir gehen weiter und verlangen die völlige Beseitigung dieses Gebildes, das sich, je länger es besteht, um so überflüssiger erwiesen hat. Wenn wir trotzdem eine Verbindung der Reform der ersten Kammer mit der Wahlrechtsreform ablehnen, so weil es nur allzu klar ist, daß falls das heutige Dreiklassenparlament die zukünftigen Grundlagen für eine Zusammenführung des Herrenhauses schafft, dadurch eine reaktionäre Einrichtung erzeugt wird, die ein Gegengewicht gegen eine freiheitlich zusammengesetzte Zweite Kammer bilden soll. Eine solche Verkopplung, auf die in der Öffentlichkeit noch nicht genügend aufmerksam gemacht ist, dürfte vielleicht manch einen, der sonst von einer Aenderung des Dreiklassenwahlsystems nichts wissen will, der Wahlreform geneigt machen, ist aber für die Masse des Volkes, insbesondere für die Arbeiterklasse eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Es dürfte überhaupt die Frage aufzuwerfen sein, ob die Regierung es nicht grundsätzlich ablehnen sollte, diesem Landtag außer der Wahlrechtsvorlage noch irgend eine Vor-

lage von weittragender Bedeutung zu unterbreiten. Das Wahlsystem, dem es seine Entstehung verdankt, ist gerichtet, seine Tage sind gezählt, die neue Volksvertretung wird ein wesentlich anderes Antlitz aufweisen. Würden nun die Reformen, deren Notwendigkeit längst von allen einseitigen Elementen anerkannt ist, noch von diesem Landtag erledigt werden, so würde die preussische Gesetzesammlung um eine Reihe von Gesetzen bereichert, die weder dem Willen des Volkes noch auch dem der Volksvertretung entsprechen.

Vom Standpunkte der Konservativen und ihres Anhangs aus ist es ja zu verstehen, wenn sie, um nur ein Beispiel zu nehmen, das Fideikommissgesetz noch möglichst rasch unter Dach und Fach bringen wollten. Um so mehr Grund haben die Parteien der Linken, das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verhindern, und auch das Zentrum, das in der Frage der Fideikommissgesetzgebung grundsätzlich mit den Konservativen übereinstimmt, sollte einsehen, daß die brei-

Selbst mitarbeiten!

In der Arbeiterschaft herrscht eine bittere Stimmung. Mit vollem Recht ist man empört über die Kriegsheere der anexionistischen Heimkrieger, die den Krieg verlängern, über die Passivität der Behörden, die die Besitzenden bei der Verteilung der Lebensmittel usw. begünstigt, über den Wucher, der den schwer leidenden Volksmassen das Mark aus den Knochen saugt.

Tut denn aber auch jeder, was in seinen Kräften steht, um diesen verderblichen Erscheinungen zu begegnen? Wie viele, die klagen und kritisieren, tragen selbst zur Verschärfung der Mißstände unbewußt bei, indem sie die Presse lesen und stärken, die an diesen Mißständen schonend vorbeigeht und die Kriegsverlängerer deckt.

Wer will, daß die Hindernisse des Friedensschlusses aus dem Wege geräumt, daß den Volksausbeutern das Handwerk gelegt werde, muß selbst mitarbeiten.

Zum allermindesten muß, wer das will, die Zeitungen lesen, die für den Frieden und die Volkswohlfahrt kämpfen.

Eine solche Zeitung ist der „Lübecker Volksbote“. Lest ihn, verbreitet ihn, verschafft ihm größeren Einfluß — und ihr dient euch selbst!

Bestell den Lübecker Volksboten auf den 1. Oktober.

ten Massen des Volkes umjomehr an seine Wahlrechtsfreundlichkeit glauben, je mehr es seinen ganzen Einfluß dafür ausbietet, daß erst der auf Grund eines freiheitlichen Wahlgesetzes gewählte Landtag diese Materie entscheide.

Von den übrigen Vorlagen, die nach ihrer Erledigung harren, dürfte das Wohnungsrecht in Verbindung mit dem Bürgerschaftsversicherungsgesetz das größte Interesse in Anspruch nehmen. Angesichts der großen Wohnungsnot, unter der weite Kreise der Bevölkerung leiden, ist ein rasches Vorgehen auf diesem Gebiete dringend notwendig, und deshalb könnte man sich vorbehaltlich weiterer Reformen durch eine spätere Gesetzgebung mit dem Entwurf trotz mancher Bedenken einverstanden erklären. Seine Grundlagen sind gut, und er ist in der Tat geeignet, das Mietskasernenwesen und den Wohnungswucher einzuschränken und dem Bau gesunder Kleinwohnungen den Weg zu ebnen. Ähnlich verhält es

sich mit dem Entwurf eines Schätzungsamtsgesetzes und dem Gesetzentwurf zur Förderung der Stadtstaaten.

Darüber hinaus aber sollte der Landtag sich auf die Erledigung der Wahlrechtsvorlage, des Etats und solcher Gesetzentwürfe beschränken, die unmittelbar mit den Kriegsverhältnissen in Zusammenhang stehen und deren Erledigung keinen Aufschub duldet. Im übrigen sollte er auf jede weitere Tätigkeit verzichten und seinem Nachfolger das Feld räumen.

Hauptauschuß des Reichstages.

Die Veränderungen in den Reichsämtern.

Der Hauptauschuß begann seine Verhandlungen am Mittwoch mit der Beratung der Nachträge zu dem Reichshaushaltsplan. Der Vorsitzende empfahl, jetzt zunächst eine allgemeine Aussprache über die Vorlage stattdessen zu lassen und daran eine zweite Sitzung zu schließen. Dem stimmte der Auschuß zu. Zum Berichterstatter wurde Abg. Dr. Kießer (Natl.) bestimmt.

Als erster Redner ging Graf v. Posadowsky auf seine Erfahrungen in den Reichsämtern ein. Er führte aus, daß kein Staatssekretär des Innern trotz des Umfangs seines Amtes von sich aus eine Teilung des Amtes beantragen habe. Trotzdem ist eine Entlastung des Staatssekretärs des Innern notwendig, zumal mit Rücksicht auf die Aufgaben, die uns nach dem Kriege erwarten. Die vorgenommene Entlastung ist also grundsätzlich anzuerkennen. Aber die vorgelegene Teilung ist ausgegangen von Stellen außerhalb des Reichsamts des Innern. Der Redner macht Vorschläge, die von der beabsichtigten Lösung abweichen, so, daß das Bundesamt für das Heimatwesen dem Reichsjustizamt zugeteilt werden könne, und daß man ohne eine neue Zentralbehörde auskommen könnte, was auch im Interesse der Sparamkeit läge. Das Präsidium des Reichseisenbahnamtes könnte zu einem Reichsarbeitsamt ausgebildet werden, dem ein großer Teil der Geschäfte des Reichsamts des Innern zu übertragen wäre. Die Witzenzlerfrage ist staatsrechtlich von ungeheurer Bedeutung. Die Minister ohne Portfeuille seien eine Einrichtung parlamentarischer Staaten und seien nicht ohne weiteres für uns. Der Redner bespricht ausführlich die bestehende Teilung der Verantwortlichkeit infolge des Stellvertretungsgesetzes. Wiefach ist die Verantwortlichkeit des Reichsanzlers in der Öffentlichkeit ganz verschwunden, in anderen Fällen würde er verantwortlich gemacht, wenn in der Tat nur der Staatssekretär die Verantwortung zu tragen hätte. Persönliche und sachliche Verantwortlichkeit müssen stets zusammenfallen. Das Stellvertretungsgesetz leidet an einem inneren Widerspruch. Die Verantwortlichkeit des Reichsanzlers ist bei dem Umfange der Geschäfte zu einer Fiktion geworden. Die allgemeine Stellvertretung durch den Staatssekretär des Innern hatte ihren guten Grund in der Art dieses Amtes; jetzt soll sie davon losgelöst werden. Die Einheitlichkeit der Reichsverwaltung kann nur dadurch gewahrt werden, daß der Kanzler seinen Stellvertreter kontrolliert und dieser dann die einzelnen Staatssekretäre. Wie soll der Stellvertreter das aber können, wenn er nicht mitten in den Geschäften steht. Unhaltbare Zustände soll man rechtzeitig aufgeben. Die Staatssekretäre als nachgeordnete Behörden anzusehen, ist einfach grotesk. Wie soll der Witzenzler als Sprechämterfunktionär auftreten können über Dinge, die von anderen behandelt werden? Man hätte überhaupt erst die grundsätzlichen Fragen durch den Reichstag entscheiden lassen sollen, ehe man die Personenfragen erledigte.

Der Schatzsekretär des Reichsschatzamt's Graf Roederer äußert gegen die vom Redner angeordnete Errichtung eines selbständigen Staatssekretariats für öffentliche Arbeiten schwere Bedenken. Der Staatssekretär ging dann auf die Stellung des allgemeinen Stellvertreters des Reichsanzlers ein, der keine Entscheidungsbefugnis habe und auch keine Verantwortung darstelle. Auf die Frage, was denn für den neuen Stellvertreter übrig bleibe, müsse der Staatssekretär erwidern: vor allem die Vorbereitung wichtiger Beschlüsse, bei denen der Reichsanzler aus Zeitmangel nicht immer mitwirken könne. Auch müßten jetzt im Kriege die Entscheidungen schneller getroffen werden als im Frieden. Widersprechen müsse er endlich der Aenderung des Vortrags, daß die Regierung mit der vorgeschlagenen Teilung des Reichsamts des Innern dem Reichstage vorgegriffen habe. Nach den erreichten Zuständen habe eine Besprechung mit Vertretern aller Fraktionen stattgefunden, und weder sei ein Widerspruch gegen die Teilung des Reichsamts des Innern, noch gegen die Loslösung des allgemeinen Stellvertreters von einem Ressort zu erkennen gewesen. Außerdem seien die beiden neuen Herren in etatsmäßige Stellen berufen worden.

Wazlaw.

Aus der Warschauer Revolutionszeit.
Von Marion.

(Schluß.)
„Ach, Du blutest, Brüderchen... Es stimmt also... Komm nur mit!“

Sie durchstöberten seine Taschen und nahmen ihm die Proklamationen, aber auch das Portemonnaie und die Uhr ab. Unterm Weg saßen sie noch einige andere ab und trieben alle zusammen nach dem Polizeirevier.

Hier warteten bereits, in zwei Reihen aufgestellt, Soldaten, die jeden Eintretenden mit dem Kolben auf den Kopf schlugen und den Mißhandelten sich gegenseitig wie einen Ball zuwarfen. Dieses Spiel dauerte so lange, bis alle Verhafteten ohnmächtig wurden. Ein Gendarm schob Wazlaw, schleuderte ihn in eine Tür und schob den Riegel vor. Die Zelle war zehn Schritte breit und ebenso lang, enthielt zwei Britischen und 36 Einwohner. Diese lagen durcheinander, wo sie gerade hingeraten waren. Im Winkel stand ein unbedeckter Eimer mit Urat. Durch die Ritzen, zwischen den verrotten Brettern quoll eine hebrige, riechende Flüssigkeit heraus und floß über die Häupter derer, die in der Nähe schliefen.

Beim Anblick eines neuen Gastes erhob sich ein Geschrei: „Ach, ein Kämpfer, ein Sozialist, verflucht!“ Alle Spitzhüben, Messerhelden und Zuhälter entbrannten in einem, eingewurzelt am Fuß. Sie fielen über ihn her und begannen ihn mit Faustn zu bearbeiten. Ein Weichhertziger polterte gegen die Tür:

„Auffseher, he, zur Hülfe!“
„Aber es kam niemand. Schließlich erschrafen die Gefangenen, als Wazlaw sein Lebenszeichen von sich gab. Sie riefen: „Auffseher! Wasser! Der Politische ist ohnmächtig geworden!“
Aber niemand kam. Erst gegen Morgen erschien der Wärter mit dem Frühstück. Als er Wazlaw bewußtlos, mit angeschwollenen Gliedern hinstellte, meldete er es der Behörde.
Gegen Abend wurde er nach dem Krankenhaus gebracht.

„Wo bin ich?“ flüsterte er, als er zum erstenmal die Augen öffnete. Er betrachtete das saubere Bett, das in einem hellen, großen Zimmer stand. Gleich darauf vernahm er eine leise Stimme:

„Er hat das Bewußtsein wiedererlangt.“
Als er sich im Bett aufrichtete, bemerkte er zwei Gendarmen, die ihm entgegen kamen. Ein junger, unpathischer Arzt, ein

durften sie in Gegenwart der Gendarmen nichts reden. Nur einmal jagte der Arzt beiläufig, während er ihm den Verband anlegte:

„Wenn man an diesem Ende der Wunde zieht, fällt der ganze Verband ab.“

„Hm,“ brummte Wazlaw mit kaum vernehmbarer Stimme.
„Heute, genau um sieben Uhr, gehen Sie nach dem Abort.“

Hierauf verließ er mit strenger Miene das Zimmer. Um die angegebene Stunde verließ Wazlaw das Zimmer, wie immer von den Gendarmen gefolgt. Im Korridor begegnete sie dem Hausdiener, der den Fußboden aufwuschte und etwas vor sich hinbrummte. Der Gendarm ließ sich mit ihm in eine Unterhaltung ein und nahm sogar eine Zigarette von ihm an. Wazlaw sah sich inzwischen aufmerksam um. Er bemerkte ein offenes Fenster, an dessen Außenseite eine Leiter lehnte. Im Nu fachte er einen Entschluß. Während die beiden sich unterhielten, kletterte er zum Fenster hinaus, die Leiter hinunter. Am Zaun, der das Krankenhaus umgab, befand sich eine zweite Leiter. Es verging kaum eine Minute, als er sich bereits in der Straße befand.

Jemand sagte ihm bei der Hand, zog ihn in den geschlossenen Wagen, riß ihm den Verband ab und sagte:

„Fahr zu!“
Sie fuhren wie der Wind dahin.

„Reißt Du auch, daß Du wegen Anstiftung zu bewaffnetem Widerstand angeklagt wirst und daß auch das Urteil bereits gefällt ist?“

„Wie lautet es?“
Der Genosse jögerte.

„Zum Tode,“ sagte er schließlich.
„Um so besser,“ erwiderte Wazlaw mit einer gleichgültigen Handbewegung. „Ich habe nichts mehr zu verlieren.“

Er stand auf dem Posten. Der durch übermenschliche Anstrengung gestärkte Wille spannte sich zur Tat.
Schließlich machte der Wagen. Mit ruhigem Auge maß er die Entfernung, trat hervor und schleuderte aus ganzer Kraft die Bombe.

Die Straßen und Häuser erzitterten in den Fugen. Ein langgedehnter Donner ertönte. Aus dem geräuschvollen Wagen fiel der Reichsbeamte auf den Damm. Die verwundeten Pferde trugen die Ueberreste der Deichsel davon und raffen mitten durch das erschrockene Publikum. Wazlaw fiel betäubt, von den Splittern des Wurfes verwundet, zu Boden, aber er fühlte keinen Schmerz.

Getroffen... Diese Gewißheit erfüllte sein ganzes Hirn. Einige Schußleute eilten herbei, ergriffen ihn, schlugen ihn un-

„Wer bist Du? Sag's!“
Er schwieg. Weder jetzt, noch später, als man ihn mit der

„Magafa“ peitschte, als die unverheilten, neu aufgerissenen Wunden an seinen Körper brannten, jagte er ein Wort.
„Ich habe ihn getroffen...“ ging es ihm fortwährend durch den Kopf. Er wußte nicht mehr, wie oft man ihn vor den Untersuchungsrichter geschleppt hatte, wie viele Namen in seiner Gegenwart genannt wurden, um an dem Glanz seiner Augen zu erraten, wer er sei...

Eines Tages betrat der Staatsanwalt seine Zelle.
„Wazlaw,“ sagte er langsam.
Wazlaw regte sich nicht.

„Bestehst Du nicht... Wir wissen alles. Du bist zum Tode verurteilt.“ Er sah ihn fest an.

„Nah auf, Wazlaw,“ fuhr er nach einer Weile fort, „ich will das Todesurteil in lebenslängliches Gefängnis, oder... in eine kürzer bemessene Strafe umändern. Nenne Deine Helfershelfer.“

Er wartete einige Minuten.
„Bedenke, es handelt sich um Dein Leben... Nenne wenigstens einen einzigen Namen.“

Wazlaw schwieg.
In vierundzwanzig Stunden findet die Hinrichtung statt.

Zögernd, immer noch hoffend, daß der Gefangene der Verurteilung erliegen würde, verließ der Staatsanwalt das Zimmer.

Am nächsten Tage erschien der Henker. Ihm folgte der Gefällige. Wazlaw entfernte ihn mit einer Handbewegung.

Der Verurteilte wurde unter Eskorte auf den Gefängnishof geführt. Dort sah er den Galgen und darunter das frischbereitete Grab.

„Für mich.“
Der Henker schnitt ihm das Haar ab und zog ihm ein langes, weißes Hemd über... das Festkleid der Verurteilten.

„Wazlaw,“ sagte er, „in zehn Minuten bist Du eine Leiche hier an diesem Galgen... überleg's Dir... sag, wer Du bist.“

„Tue Deine Pflicht,“ unterbrach ihn Wazlaw.
Der Henker lächelte boshaft. Mit dem Ausdrud der Befriedigung auf dem tierischen Antlitz, warf er ihm eine dicke Schlinge um den Hals. Die Soldaten präsentierten das Gewehr. Da rief Wazlaw, laut, mit dem letzten Atem der Brust:

„Es lebe die Freiheit!“
Einen Augenblick später hing er am Galgen.

(Aus dem Volkslied von Stefania Goldenring.)

Die Kriegslage.

Nachdem der schwere Großkampf an der Flandern-Front bis gegen Mitternacht fortgesetzt war, löste er sich Teilangriffe auf, die bis zum Morgen des 27. September dauerten. Am Vormittage hielt sich die Artillerietätigkeit bei demselben Wetter in mäßigen Grenzen. Gegen Mittag setzte erneut von Jonnebeke bis in die Gegend von Zandvoorde Tronmelfener ein. Um sieben Uhr abends erfolgte ein von mehreren Kanonen begleiteter starker englischer Teilangriff in der Gegend St. Julien. Zu gleicher Zeit lag auch auf unseren Stellungen nordöstlich von Kreezenberg bis Zandvoorde stärkstes Trommelfeuer, dem ebenfalls ein starker englischer Vorstoß in der Gegend östlich von Hooge folgte. Beide Angriffe wurden unter Verblütigsten Verlusten für den Feind im Feuer und im Nahkampf abge schlagen. Die Blutoffer Englands in diesem aus sichtslosen Kampf um die U-Boot-Basis steigerten sich insolge der dauernd wiederholten Angriffe und ließ dem rücksichtslos Menscheneinsatz in erschreckender Weise und lassen sich in eine Linie stellen mit der nutzlosen Menschenschwendung Brüssels, Nielles und Cadornas.

An der Arras- und Aisne-Front war die Artillerietätigkeit zeitweise lebhaft. Eigene Stoßtrupp- und Patrouillenunternehmungen brachten uns Gefangene und Beute ein. Des tlich der Maas und südöstlich von Beaumont griffen Stoßtrupps Verlusten im Nahkampf abgewiesen. Von zehn Uhr vormittags an lebte die Feuerfähigkeit wieder auf und steigerte sich von Mittag ab gegen den Waville-Wald zu größerer Heftigkeit und griff bis in die Gegend von Bezonvaux über. Erkantete feindliche Ansammlungen wurden mehrfach unter wirksamsten Vernichtungsgewehr genommen. Auch nördlich St. Michiel brach ein dreimaliger Vorstoß einer stärkeren feindlichen Abteilung in den frühen Morgenstunden des 27. September in unserem Feuer zusammen.

Im Osten an der Düna und in Mazedonien herrschte zeitweise an einzelnen Stellen lebhaftere Feuerfähigkeit.

Die Heeresberichte.

Berlin, 28. September, abends. (Amtlich.) In Flandern lebhafter Artilleriekampf. Sonst nichts von Belang.

Wien, 28. September. (Amtlich.) An der Ticoler Front teilweise erhöhte Kampftätigkeit. Sonst nirgends besondere Ereignisse.

Englischer Heeresbericht vom 27. September nachmittags: An der Aisne-Front legten die Deutschen gestern abend und im Laufe der Nacht besondere Tätigkeit an den Tag. Nach heftiger Beschließung unserer Stellungen von Le Bauge-Marene bis westlich von Cerny griff der Feind südlich des Raumes von Cerny an, mußte jedoch unter unserem Feuer seine Antriebe wieder aufgeben, nicht ohne Verluste erlitten zu haben. Ein zweiter Angriff, der heute früh bei Tagesgrauen zwischen der Hochfläche von Casemates und der Hochfläche von Calforten angelegt wurde, wurde gleichfalls zurückgeschlagen. Eine Einzel-Unternehmung, die östlich der Froimont-Gruppe ausgeführt wurde, erlaubte uns, Gefangene einzubringen. Zwei feindliche Handstreich, einer auf dem rechten Maasufer in der Gegend von Beaumont, der andere im Elia in der Gegend des Ingehofes, scheiterten vollkommen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Englischer Heeresbericht vom 27. September, morgens. Später eingegangene Berichte zeigen, daß der Kampf an der Schlachtfront gestern nachmittags und abends außerordentlich hart war. Der Feind scheute keine Anstrengung, um das wichtige Gelände wiederzugewinnen, das von uns genommen war. Zwischen vier und sieben Uhr abends wurden vier getrennte, sehr starke Gegenangriffe gegen unsere neue Front zwischen Tower-Samlete und der Straße St. Julien-Gravenstapel geführt. Das Ringen war sehr heftig in der Gegend des Poligonwaldes, wo englische, schottische, walisische und australische Truppen die wiederholten Verluste des Feindes, in unsere Stellungen einzubringen, zum Scheitern brachten. Die feindlichen Angriffe sind sämtlich nach heftigem Kampfe abge schlagen, wobei die Deutschen durch unse- reren Beschuß und Gewehrfeuer äußerst schwere Verluste erlitten. Im späteren Abend klang der Kampf stufenweise ab. Unsere Truppen blieben im Besitze des von ihnen am Tage eroberten Geländes.

Englischer Heeresbericht vom 27. September, abends: Nachdem gestern alle Ziele erreicht worden sind, wurden nachmittags und abends sieben mächtige feindliche Gegenangriffe unternommen, die sämtlich mit schweren Verlusten für den Feind abge schlagen wurden. Die Gesamtzahl der von uns bei den gestrigen Unternehmungen gemachten Gefangenen beträgt 1614, darunter 48 Offiziere. Unsere Verluste sind wieder leicht. An der Kampf-front haben wir heute unsere Stellung südlich des Poligon-Waldes etwas verbessert. Den ganzen Tag herrschte beiderseits beträchtliche Artillerietätigkeit mit Unterbrechungen.

Frankreich und Belgien.

Grundlose Beschuldigungen.

Der frühere Bürgermeister von Lens, Baulh, setzt in „Petit Parisien“ die Veröffentlichung seiner Memoire fort und kommt dabei auf die Plünderungen, die bei der Einnahme der Stadt sich ereignet haben, zu sprechen. Die Läden seien gestürmt und ausgeraubt, ein Teil der Waren zer- rissen und vernichtet und die Wohnungen ausgeplündert worden. Selbst Offiziere hätten sich an dem Unwesen beteiligt. Nach Aussage der beteiligten Truppenteile ist in Lens sofort nach der Einnahme die Ordnung durch Offizierspatrouillen auf schärfste überwacht und aufrechterhalten worden. „Rein Haus durfte ohne Ausweis betreten werden.“ Von einer Plün- derung der Läden durch deutsche Soldaten oder Offiziere ist kein Beugen nichts bekannt.

Die französischen Anschuldigungen müssen daher als grundlos zurückgewiesen werden.

Rußland.

Dem Ergaren

geißt der Aufenthalt in Tobolsk, wohin so mancher unschuldige Mensch mit seiner Billigung verbannt worden ist, nicht. Er verlangt von der provisorischen Regierung einen anderen Auf- enthaltsort. Ferner wünscht er Sportgeräten und auswärtige Zeitungen. — Wir glauben gern, daß dem Ergaren der Auf- enthalt in seinen früheren Palästen besser gefallen hat, als der Aufenthalt in Sibirien. Aber jetzt verspürt er einmal am eigen- lichen Lebe, was es heißt, in Sibirien zu leben, trotzdem er es zweifellos heute tausendmal besser hat, als die vielen armen Opfer seiner früheren Knutenherrschaft!

Die demokratische Konferenz

wurde in Anwesenheit von 1700 Abgeordneten und der provi- sorischen Regierung durch Tschidie eröffnet. Er führte die Gründe für die Einberufung der Konferenz an. Einer dieser Gründe wäre der außergewöhnlich ernste Zustand des Landes und die Notwendigkeit, eine revolutionäre Wende

des allgemeinen Stellvertreters des Reichstanzlers nur vorläufig beibehalten werde und zwar nur, damit Dr. Helfferich bei den Friedensverhandlungen mitwirken könne. Er halte gerade den Dr. Helfferich für sehr geeignet, diese Verhandlungen zu fördern. Seine Partei werde für die Vorlage stimmen.

Abg. Ledebour trat für den sozialdemokratischen Antrag ein. Damit war die erste Lesung beendet. Von einer Abstimmung wurde Abstand genommen. Die zweite Lesung soll später stattfinden, damit inzwischen die Parteien noch zu den Vorschlägen Stellung nehmen können. Am Montag soll mit der Besprechung der auswärtigen Politik begonnen werden und zwar zunächst mit der Antwort auf die päpstliche Friedensnote. Daran sollen sich anschließen die Erörterungen über Polen, Litauen und Kurland, später die über die anderen Staaten. Ferner sollen noch folgende Angelegenheiten verhandelt werden: Elb-Lothringen, Zensur, Dienstpflicht, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wo bleibt die preussische Wahlrechtsvorlage?

Im Verfassungsausschuß richtete der Abg. Pachnik an den Ministerialdirektor Lewald die Frage, ob er Aus- kunft darüber geben könne, wann die preussische Wahlrechts- vorlage eingebracht werde. Herr Lewald meinte, daß er momentan nichts sagen könne, aber vielleicht in einer Stunde. Das ließ den Schluß zu, daß er sich telephonisch bei der zuständigen Stelle erkundigen werde. Um so größer war das Erstaunen, als Herr Lewald am Schluß der Sitzung, auf die nochmalige Frage, erklärte, nicht in der Lage zu sein, eine Auskunft geben zu können.

Pastoren gegen alldentsche Pastoren.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Diöcese Ar- tern, der sich in prononzierter Form gegen die Friedens- resolution des Reichstages wendet, erklären jetzt die libera- len Pfarrer Nauke und v. Broeder in Halle öffentlich, daß es viele evangelische Pastoren gebe, die mit jenem Beschluß in Arttern nicht einverstanden seien. Sie führen dazu aus, mit ganzer Kraft habe die Kirche das Friedensreich ihres Meisters zu fördern. „Daß wir unser Vaterland zunächst mit Aufopferung zu sichern haben, ist klar. Aber die Mensch- heit und die Verständigung zwischen den Völkern muß dar- über leuchten.“

Sozialdemokratische Interpellation.

Die von der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichs- tag eingebrachten zwei Interpellationen haben folgenden Wortlaut:

1. Ist dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß im Heere von Vorgesetzten eine eifrige Agitation zugunsten alldent- scher Politik und namentlich auch gegen Beschlüsse des Reichstages betrieben wird? — Was gebent der Herr Reichstanzler zu tun, um diesem Mißbrauch der Dienstge- walt durch die Vorgesetzten Einhalt zu tun?

2. Ist dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß von stell- vertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen worden sind, durch die:

a) die Ausübung des Vereins- und Versammlungs- rechts vollständig unterbunden und die Besprechung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Erörterung von Fragen des vaterländischen Hilfsdienstes unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten werden ist;

b) das Vereins- und Versammlungsrecht einseitig zu- gunsten alldentscher Propaganda gehandhabt wird?

Was gebent der Herr Reichstanzler zu tun, um diesen Mißbräuchen Einhalt zu tun?

„Auch Riga müssen wir haben.“

In der badischen Universitätsstadt Freiburg i. B. treiben es die Eroberungspolitiker, Professoren und pensionierte ernste Verlangen, „Belgien ja nicht mehr aus der Hand zu geben“, und nunmehr ist dort als erste in Baden eine Orts- gruppe der „Vaterlandspartei“ gegründet worden. Man telegraphierte dem Reichstanzler an, „nur einen Frieden zu schließen, der vor dem Urteil unserer Entel bestehen könne“. Das war am Montag. Am Dienstag veröffentlichten die Vorsitzenden des Alldentschen Verbandes, des Klotten- vereins, des Oskarvereins usw. eine weitere Erklärung, „daß Riga so gut wie Antwerpen in deutscher Hand zu behalten eine Lebensnotwendigkeit unserer Zukunft für uns bedeutet“. Die Reichsregierung habe uns den Sieger- frieden zu erringen.

Wonach zu richten.

Schweden.

Das Endergebnis der schwedischen Wahlen. Die Reichstagswahlen zur Zweiten Kammer sind abgeschlossen. Die Konservativen, die im früheren Reichstage die Mehr- heit vertreteten, gingen jetzt bis auf die Zahl der Liberalen im vorigen Reichstag zurück. Die Gesamtsozialisten haben sich jetzt eine Kompensation für den Abfall der abgeplüt- deten Linksozialisten verschafft, indem sie heute, ohne Reichstage nicht mit den Linksozialisten zusammen. Be- sonders gespannt war man auf das Ergebnis im Wahl- kreise Stockholm, wo die Gesamtsozialisten auf Kosten der Konservativen und der Linksozialisten den Sieg davon- tragen. Der Minister des Innern, Lindman, als Führer der Sozialisten, sind wiedergewählt worden, während die beiden Führer der Linksozialisten, Höglund und der Städ- holmer Bürgermeister Lindhagen, ihr Mandat verloren. Der Fall des bedeutenden Pazifisten Lindhagen wird auch von seinen Gegnern, wie z. B. Branting, mit bebauernden Gefühlen begleitet, weil Lindhagen, der 24 Jahre hindurch Reichstagsmitglied war, nicht bloß als linker Sozialdemo- krat charakterisiert werden kann, sondern ein Typus für eine nicht so leicht wieder vertreten werden kann. Natürlich Interesse verfolgt. „Daily Chronicle“ zieht bereits den Schluß aus dem Ergebnis, indem es hervorhebt, daß nun das gegenwärtige schwedische Ministerium einem liberal- sozialistischen Koalitionsministerium einem liberal- weichen müssen. In jedem Falle erscheint der „Daily Chro- nicle“ die schwedische Neutralität gesichert, Deutschfreundliche verhalten und ihre Aktivitäten somit eine

Staatssekretär Wallraj: Die heutige Geschäftslast sei zu groß geworden. Der Chef wird mit Notwendigkeit zu einer Oberflächlichkeit gezwungen. Das sei bei kleinen Fragen weniger bedenklich, aber die großen Fragen häufen sich außerordentlich. Ueber die Art der Teilung kann man verschiedener Meinung sein. Ueber beispielsweise gehörte die Seeschiffahrt eher in das Wirt- schaftsamts als in ein Reichsarbeitsamt.

Abg. Ledebour (US.) erklärte die Kritik des Grafen Posadowsky im wesentlichen für zutreffend. Sie beweiße, wie wünschenswert die Mitarbeit früherer Minister sei, wie sie das parlamentarische System ermögliche. Weshalb sind weder der Reichstanzler noch Dr. Helfferich anwesend? Wie denken sich die Herren dieses Zusammengehens? Für die bevorstehenden Auf- gaben ist der Stellvertreter der maßgebende Mann. Der Reichs- tanzler hat die Entscheidungen nur hinterher mit seinem Namen zu decken. Das muß Konflikt ergeben. Was bleibt denn eigent- lich noch dem Staatssekretär des Auswärtigen zu tun? Der Red- ner stellt den Antrag, sich zu vertagen, bis die genannten Herren anwesend sind und Auskunft geben können, wie sie sich ihrerseits die Sache denken. — Der Antrag wird gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Abg. Stresemann (M.) hält die Anwesenheit des Reichs- tanzlers ebenfalls für wünschenswert. Man könne sich fragen, ob die beabsichtigte Teilung ausreichen wird, man wolle sich aber fürs erste dabei beruhigen. Wird das Reichswirtschaftsamts die Aufgaben des Reichsfinanzamts für Uebergangswirtschaft nicht in sich aufnehmen? Die Einrichtung des Stellvertreters des Reichs- tanzlers sieht der Redner nur als vorübergehend an für die Auf- gaben der unmittelbaren Zukunft und für die Friedensverhand- lungen. Warum, fragt er, sind die Gehälter der neuen Staats- sekretäre nur in der beabsichtigten Höhe angelegt?

Abg. Dr. David (SD.) Auch seine Freunde fordern, daß der Reichstanzler bei dieser Verhandlung zugegen sei. Sie hätten aber nicht dafür stimmen können, daß die Verhandlungen jetzt ab- gebrochen würden, weil sie der Meinung sind, daß der einzig zu- lässige Schluß dieser Verhandlungen die Ablehnung der Vorlage sei und dies könne geschehen, auch ohne daß der Reichstanzler an- wesend ist. Es sei nicht richtig, daß über die Schaffung einer Stelle für den allgemeinen Stellvertreter des Reichstanzlers eine Verständigung mit den Parteiführern stattgefunden habe, viel- mehr sei dieser Plan bereits als ein fertiges Werk den Parteien vorgelegt worden. Die Meinung greife zu tief in unser Ver- fassungsleben ein. Aber das Verfahren werde nicht vereinfacht, sondern noch verwickelter. Wenn man auch den Stellvertreter des Reichstanzlers nicht als Vorgesetzten der Staatssekretäre aus- drücklich bezeichnet, so werde er sich doch tatsächlich als Vorgesetzter betätigen. Er würde in die Angelegenheiten der einzelnen Reichs- ämter hineinreden und das sei das Allergerährlichste. Was wir brauchen, seien, und darin stimme er dem Grafen Posadowsky durchaus zu, verantwortliche Staatssekretäre. Der neue Staats- sekretär würde ein Sprechminister werden, ja ein Schwachminister; er sei nur noch eine Kuliße mehr. Schon jetzt seien die Staats- sekretäre durchaus nicht die maßgebenden Herren, sondern ihnen werden Schwierigkeiten von allen Seiten herbeizutreiben. Hierzu kommt jetzt noch der neue Stellvertreter des Reichstanzlers. Der Trost, daß es sich ja nur um eine vorübergehende Einrichtung handle, sei nicht entscheidend. Ist einmal eine solche Einrichtung geschaf- fen, sei es sehr schwer, sie wieder zu beseitigen. Der eigentliche Grund der jetzt gemachten Vorschläge sei die Rücksicht auf die Per- sönlichkeit Helfferichs. Helfferich soll durchaus, wie Abg. Stresemann ja auch zugehend hat, bei den bevorstehenden Friedensverhand- lungen mitwirken. Ob er der geeignete Mann sei, sei noch durch- aus zu bezweifeln. Wenigstens das eine sei erwiesen, daß er die Verhandlungen durch sein Auftreten nicht erleichtert. Die An- regung Posadowskys, ein Reichsamt für öffentliche Arbeiten zu errichten, sei durchaus beachtenswert. Für die weiteren Pläne müßte dieser Vorschlag ernsthaft herangezogen werden. Im Augenblick genüge es aber, wenn man das Reichsamt des Innern in der Weise teile, wie es die Vorlage vorschlägt, aber den Vor- schlag dadurch erweitert, daß man von den wirtschaftspolitischen die sozialpolitischen Fragen abtrennt. Dann bekommt man drei Teile, ein Reichswirtschaftsamts, ein Reichsarbeitsamt und die übrigen Aufgaben würden dann dem Reichsamt des Innern ver- bleiben. Die vermittelnde Spitze der Reichsämter würde dann durch den Reichstanzler gebildet werden. Die sozialpolitischen Arbeiten sind so wichtig und schon so umfangreich gewesen; sie werden es auch noch viel mehr in der Uebergangswirtschaft wer- den, daß zur Leitung dieses Amtes eine volle Arbeitskraft nötig ist. Kein Mensch wäre fähig, sowohl das große Gebiet der Wirt- schaftsfragen als auch das der sozialpolitischen Fragen zu über- sehen. Kommen zwischen den Reichsämtern Streitfragen vor, dann sollen die Staatssekretäre selbst mit dem Reichstanzler dar- über verhandeln. Hier würde der Stellvertreter nur förzend und erschwerend wirken. Ebenso würde für die Verhandlungen des Reichstanzlers mit dem Reichstage der Stellvertreter durchaus nicht die geeignete Person sein. Die Mittelmänner, die hier ge- braucht werden, seien die parlamentarischen Minister, diejenigen Männer, die aus den einzelnen Parteien als Mitglieder ihrer Partei in die Reichsleitung selbst eintraten. Die Verantwortlich- keitsfrage sei ja im Verfassungsausschuß des Reichstages behan- delt worden und nach den Vorschlägen, die hier gegeben wurden, müßten diese Fragen gelöst werden. Im Bundesrat würde durch den Stellvertreter des Reichstanzlers der Einfluß Preußens noch mehr gestärkt, der der andern Regierungen noch mehr geschwächt werden. Redner empfahl folgenden Antrag, den die sozialdemo- kratische Fraktion gestellt hatte, zur Annahme:

Der Herr Reichstanzler zu ersuchen, eine Dreiteilung des Reichs- amts des Innern in der Weise in die Wege zu leiten, daß die sozialpolitischen Fragen ihre Zusammenfassung in einem Reichs- arbeitsamt finden.

Abg. Graf Westarp (Konj.) wies auf die schwierige staats- rechtliche Stellung des Vizetanzlers hin, auch insolge des Man- gels einer scharfen Abgrenzung seiner Funktionen. Der Vizetanzler soll beim Friedensschluß besondere Aufgaben erfüllen. Später ist die Stellung wieder aufzugeben. Mit diesem Vorbehalt stimme seine Partei zu.

Staatssekretär des Reichsfinanzamts v. Koberner: Amtlich sei bei uns von Sprechministern nie die Rede gewesen. Die Vor- worte der Reichsämter haben durchaus nicht die Absicht, irgend- welche Funktionen abzugeben, die ihnen durch die kaiserliche Be- weisung anverleibt worden sind.

Graf Posadowsky: Er bedauere es sehr, daß diese wich- tigen politischen Fragen heute von der Reichsleitung nicht er- örtert werden seien vom politischen, sondern nur vom rechts- lichen Standpunkt aus. In der Tat hätte der Reichstanzler heute anwesend sein müssen. Für Bismarck sei auch dann im Reichstag erschienen, wenn es sich um viel weniger wichtige Fragen ge- handelt habe, sobald sich diese auf das politische Gebiet erstreckten. Er sei damit einverstanden, daß Wirtschaft- und Sozialpolitik in einer Hand vereinigt würden. In der jetzigen Zeit, in der in Preußen — allerdings unter dem Druck der Verhältnisse — eine weit- gehende Verwaltungsänderung beabsichtigt seien, müße auch die von ihm angeregten Veränderungen durchgeführt werden. Wenn der Staatssekretär des Reichstanzlers ganz besonders für die Ueber- gangswirtschaft bestimmt sei, weshalb habe man ihn dann nicht zum selbständigen Minister für die Uebergangswirtschaft gemacht? Graf v. Koberner erklärt diesen Vorschlag nicht für glück- lich. Es sei vielmehr unbedingt nötig, daß die Uebergangs- wirtschaft als das Reichswirtschaftsamts verwickelt werde.

Abg. Erzberger (Zent.) meint, daß die ganze Frage noch nicht praktisch sei. Es bedürfe auch höherer einschneidende Be- denken. Auch dieser Redner tadelt die Hastigkeit über die Auf- reise persönlicher Gründe äußern.

Abg. v. Beyer (SD.): Der Reichstag habe die Teilung des Reichsamts des Innern schon lange verlangt. Er halte es für richtig, daß das Amt so, wie es die Vorlage vorschlägt, in zwei Ämter geteilt werde. Auch diese Partei ist der Meinung, daß die Ein-

zu bilden, die allen Elementen verantwortlich sein soll, die die Regierung unterstützen. A. K. K. K., der Vorsitzende des Ausschusses, erklärte, daß der Augenblick gekommen sei, in dem die Demokraten alle ihre politische Weisheit sammeln müssen, um das, was durch die Revolution erobert sei, vor einem Unglück zu bewahren.

Kerenski führte in seiner Begrüßungsrede aus, daß die Regierung seit langem Kenntnis von dem beabsichtigten Staatsstreich Kornilows gehabt hätte. Vom Hauptquartier habe man ein Ultimatum über das andere erhalten. Nach dem Zusammenbruch bei Riga seien die genannten Bestrebungen des Hauptquartiers noch eindringlicher geworden. Die Regierung wurde sogar benachrichtigt, daß in Zukunft keine Umbildung des Kabinetts ohne Genehmigung des Hauptquartiers stattfinden dürfe. Zu derselben Zeit, als die Annäherung der militärischen Zone gegen Petersburg infolge des Falles von Riga stattfand, verlangte Kornilow, daß alle Truppen des Bezirks der Hauptstadt ihm unterstellt werden sollten. Die Regierung verweigerte dies entschieden, da sie voraussetzte, daß eine solche Maßnahme gefährliche Folgen haben würde. Kerenski kam dann weiter auf die bereits bekannten späteren Vorkommnisse zu sprechen und setzte dann auseinander, daß er energisch und unverzüglich handeln mußte angesichts der plötzlichen, unerwarteten Bewegung der Armee des Generals Rymow gegen Petersburg. Auf das Programm der Konferenz übergehend, erklärte Kerenski, die Regierung habe ihn beauftragt, auszusprechen, daß in diesem Augenblick mehr als jemals das Land sehr große Anstrengungen machen müsse, denn die Anarchie wächst unübersehbar und verbreitet sich in enormen Massen über den ganzen Staat. Kerenski führte an das Telegramm aus Helsingfors, worin die Regierung benachrichtigt wird, daß die örtlichen revolutionären Gemalten nicht erlauben, die Wiedereröffnung des Landtages, der sich aufgelöst hatte, zu verhindern. Die Maximalisten sprachen: Bravo, sehr gut! Kerenski wandte sich gegen ihre Rufe und sagte: Mitbürger! Jeder, der seinen Verstand noch nicht verloren hat, wird diesen Befehl zu würdigen wissen, besonders in einem Augenblick, wo uns die Annäherung der deutschen Flotte gegen den Finnischen Golf gemeldet wird. Kerenski fuhr fort: Wenn Regierung und Land die Konferenz nicht mit solcher kategorischer Stimme sprechen hören wird, wird die Sache der Revolution unwiderruflich verloren sein. Das ist um so notwendiger, als wir von der Front große Ereignisse erwarten und nicht wissen, mit welchen Mitteln wir ihnen die Stirn bieten sollen. Kerenski schloß seine Rede, indem er sagte: Ich habe bisher als Mensch gesprochen, jetzt spreche ich als Führer der Obersten Gewalt und erkläre von neuem, daß jeder, der die freie russische Republik antastet, die ganze Macht der revolutionären Regierung erfahren wird. (Leb. Beifall.)

Nach Kerenski sprach der Kriegsminister General B. B. B., der erklärte, daß die Soldaten nicht von dem Geist des Sieges befeht seien, der allein Rußland retten könnte. Der Krieg müsse fortgesetzt werden, bis man die feste Sicherheit habe, daß der Friede, den so viele begehrten, ein Frieden der Freiheit aller Nationen sein werde. Der Minister betonte sodann die Notwendigkeit, die Manneszucht mit allen Mitteln, auch den äußersten, wiederherzustellen. Der ehemalige Ackerbauminister T. T. T. nahm hierauf das Wort und sprach sich entschieden gegen eine Verbindung mit den Kadetten aus. Der Maximalist D. D. D. erhob Einspruch gegen eine Verbindung nicht nur mit den Kadetten, sondern mit allen bürgerlichen Parteien, mit welchen sich die Sozialisten niemals verständigen könnten. T. T. T. wurde begrüßt mit dem Ruf: Es lebe die Revolution! Er erklärte: Ein ausschließlich sozialistisches Ministerium sei unüberwindlich, denn ein derartiges Kabinett würde nicht lange bestehen. Andererseits müßten die bürgerlichen Elemente auf den Kampf gegen die Demokratie verzichten, die jedoch aus dem Aufstandsvorfall Kornilows wesentlich gestärkt hervorgeht. Mit ihm, so schloß Redner, dränge sich der Grundgedanke einer Vereinerung gebeterisch auf.

Die Sitzung schloß um Mitternacht. Freitag fand keine Sitzung statt. Den ganzen Tag über fanden geschlossene Beratungen der politischen Parteien und Gruppen statt.

Rücktritt des russischen Ministers des Aeußern.

Reuter meldet aus Petersburg: Der Minister des Aeußern, T. T. T., ist zurückgetreten. Das Kabinett besteht jetzt nur noch aus Sozialdemokraten. Dazu liegt folgende Stockholmer Drahtung vor: Trotz des demonstrativen Rücktritts des Ministers T. T. T. und Korotkows erwartet man das Zustandekommen einer Sammelregierung, die sehr wohl auch einige bürgerliche Elemente umfassen könnte, aber einheitlich im Geiste des neuen republikanischen Rußlands regieren werde. Die Vorbereitungen für den baldigen Zusammentritt der konstituierenden Versammlung werden jetzt eifrig gefördert.

Was die Kosaken bei einem Sonderfrieden fürchten.

In einer Versammlung der Vertreter der nach Petersburg verlegten Kosakenregimenter, auf der die Stellungnahme der Kosaken zur Lage und der Frage eines Sonderfriedens erörtert wurde, äußerte der frühere Kriegsminister S. S. S., daß die Kosaken niemals Sonderfriedensverhandlungen mit den Mittelmächten zulassen würden, da ein auf diese Weise gewonnener Friede einen furchtbaren Krieg mit einem noch gefährlicheren Feinde, nämlich Japan, zur Folge haben würde.

England.

Für den Frieden.

Ueber die gestern bereits kurz erwähnte Rede des Bergarbeiterführers S. S. S. auf der Jahresversammlung der sozialistischen Sektion der Arbeiterpartei liegt heute ein etwas ausführlicher Bericht vor. Der Redner führte u. a. aus: Solange der Krieg über Europa hänge, sei auf eine wahre Reform nicht zu rechnen. Leider seien die Arbeiter der anderen Gesellschaftsklassen verschiedener Ansicht über Krieg und Frieden. Manche Leute dächten, daß ein dauernder Friede nur durch den militärischen Sieg der Alliierten erreichbar sei. Aber er sei der Ansicht, daß ein solcher noch weitere große Opfer an Gut und Blut kosten werde. Man sei sich, glaube er, einig, daß ein militärischer Sieg nicht vor ein bis zwei Jahren erfochten werden könne. Das würde Europa eine Schuldenlast auferlegen, deren Ablösung viele Generationen dauern werde. Selbst das wäre nicht so schlimm. Aber es würde den Grund für einen weiteren Krieg legen und den Haß zurücklassen. Ein Verständigungs-friede sei besser geeignet, zu beseitigen, was zu Kriegen führte. Er sei daher dafür, daß sobald als möglich die Friedensverhandlungen eröffnet werden, nicht zwecks Erlangung eines Friedens um jeden Preis, sondern eines für alle Teile gerechten Friedens.

Ramsay MacDonald erging sich in starken Angriffen gegen die dunkelsten britischen Diplomaten im allgemeinen und Cecil im besonderen, deren einer den Streich begangen, Helgoland an Deutschland abzutreten. Zur Wahlreform-Debatte bemerkte der Redner, es verlautete, daß das Oberhaus Schwierigkeiten machen wolle. Wenn die Lords Sturm heben wollten, sollten sie nur die Schleusen öffnen, die Reinigung werde dann um so gründlicher sein.

Revolutionäre Strömungen in England.

Die „Times“ veröffentlicht den ersten Artikel der anonymen Aufschlagsfolge über revolutionäre Strömungen in England, die, wie die Zeitung einleitend bemerkt, hinreichend ernst sind, um die Aufmerksamkeit des Landes zu verdienen. Der Artikel beginnt: Es besteht in diesem Lande derzeit eine revolutionäre Bewegung, die eine erhebliche Stärke erreicht. Zwar fand kein Angriff gegen den Thron statt, keine Straßenrevolte, keine Zerstörung des sichtbaren Eigentums, aber sie führte bereits Veränderungen herbei, welche die Anstrengungen der Regierung, den Krieg nachdrücklich zu führen, lähmen, und wenn diese Veränderungen weitergehen, können sie das Land in Verwirrung. Es herrsche Unruhe außerhalb der eigentlichen organisierten Arbeiterbewegung, die im wesentlichen patriotisch und loyal sei, jedenfalls außerhalb des Kreises der Führer der Gewerkschaftsbewegung eine starke Gärung, die von intellektuell veranlagten jungen Männern und Frauen der gutbezahlten Lohnarbeiterklasse ausgeht. Diese Elemente hätten bisher weder Führer noch Organisationen, würden aber durch das Band von dem mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht zu vereinbarenden Theorien zusammengehalten und verfügen über eine Propaganda, welche diese Theorien in jedes Arbeiterheim brächte. Diesen in der Hauptsache auf marxistischen Ideen stehenden Elementen seien die lokalen, allgemeinen Zustände zuzuschreiben, die von Zeit zu Zeit die Vollzugsausschüsse der Gewerkschaften ratlos machten und die Kräfte der Regierung lähmten, wozu die gewöhnlichen Arbeiter oft aus Unverständnis oder gezwungen teilnahmen.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Liberalen.

Nach Stockholm gelangte Mitteilungen besagen, daß Hendersons entschlossene Preisgabe des Ministerportefeuilles in der englischen Arbeiterschaft eine tiefgehende Wirkung ausübt und im ganzen Lande den Entschluß zur selbständigen Aktion einzuläutet hat. Schon heute scheint der Bann gebrochen zu sein, der die Arbeiterschaft an die bürgerlichen Parteien kettete, und man sieht schon 200 selbständige Kandidaturen der Arbeiterpartei bei den nächsten Wahlen voraus. Henderson hat eine bisher ungekannte Autorität erlangt.

Italien.

Der Kriegszustand

wurde nun auch über die süditalienischen Stadtgebiete Reggio di Calabria und Mellina verhängt. Es scheint also in ganz Italien Krieg zu gären.

Drei Kriegsnachrichten.

Antideutsche Kundgebung in Buenos Aires.

Am Mittwoch fand auf den Straßen in Buenos Aires eine Kundgebung mit zweihunderttausend Teilnehmern statt, welche den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland forderten. In vielen Reden wurde die Regierung zum Handeln aufgefordert. Die Abordnung überreichte der Kammer eine Adresse, welche die Zustimmung zu deren Beschlüssen ausdrückt.

Nach Bern!

Der „N. C.“ in Haag meldet aus London: Im Zusammenhang mit der Vernichtung der „Lorion“ sandte Bern ein Ultimatum an die deutsche Regierung, in dem innerhalb einer Woche Genugthuung verlangt wird.

Requirierung amerikanischer Handelsschiffe.

Reuter meldung. Das Schiffsamt in Washington teilt mit, daß jedes für den Ozeandienst verfügbare amerikanische Handelsschiff über 2500 Tonnen am 15. Oktober requiriert wird. Die Frachtraten werden bedeutend niedriger angelegt, als sie jetzt sind.

Deutschenhete in Amerika.

Reuter. Die Verhaftungen von Deutschen und Deutschfreunden dauern an. Heute wurden viele Personen nach Ellis Island gebracht, wo sie, wie mitgeteilt wurde, wahrscheinlich während der Kriegsdauer interniert werden. Die meisten Verhafteten waren in Geschöpfabriken oder auf Schiffswerften beschäftigt. Man glaubt, daß ein weitverbreitetes Komplott zur Beschädigung der Maschinen, das auf Anweisung deutscher Agenten in Europa arbeitete, zum Scheitern gebracht wurde. Die Verschwörer wurden von den Agenten des Marinedepartements seit Monaten beobachtet.

Die Beschimpfung der russischen Truppen in Rußland!

Ein russischer Sozialdemokrat schreibt uns: Rußland ist wohl heute das einzige Land, wo die Feldgrauen „Jene“, um mit Kerenski zu reden, „die Tag und Nacht in den Schützengräben, im Schmutz, unter den erstickenden Gasen der Feinde, schlaflos erheitert, halbnackt tagelang langsam dahinkriechen“, unausgesetzt und systematisch in einer Art und Weise beschimpft werden, die jeder Beschreibung spottet. Dieselben bürgerlichen Blätter, die 2½ Jahre lang nicht müde wurden, die Heldentaten der Soldaten zu rühmen, können jetzt nicht oft, nicht unerschämte genug diese selben Soldaten verhöhnen und lächerlich machen. Die notorischen Graßhühner aus der „Komoje Wernja“ schreiben: „Wenn das eine Armee ist, so wird sie nicht nur bis an die Neva, sondern direkt bis zum Baltischen Meer, bis sie mit der Stirn auf die Japaner stößt wird.“ Und an einer anderen Stelle des gleichen Schmutzblattes heißt es: „Wollt ihr ein Heer und keine Räuberbande haben, so stellt die Disziplinargewalt der Vorgesetzten wieder her.“ Auch zu Zeiten der größten Niederlagen, die die zaristischen Truppen in diesem Volkskriege erlitten, hatte man es nicht gewagt, dem Volke in den Schützengräben die Schuld zuzuschreiben. Man wußte: der russische Soldat tut seine Pflicht wie jeder andere auch, und man war voll Bewunderung und Anerkennung für die Standhaftigkeit und Geduld, mit der er Jahre hindurch die nicht zu schätzenden Leiden und Entbehrungen dieses Krieges trug. Auch nicht eine Stimme in Rußland wurde laut, die gegen hätte, den russischen Soldaten für die Folgen des verhängnisvollen Regierungssystems, der mangelhaften Führung, der verbrecherischen Korruption, des Cliquenwesens u. a. m. verantwortlich zu machen.

Und heute? Heute höhnt und flucht die bürgerliche Presse wider besseres Wissen über Feigheit, Verrat, Gefinnungslosigkeit der „seraja Komanda“ (des grünen Viehs). Und was das Ungeheuerlichste ist: Die russische oberste Heeresleitung betreibt in den Heeresberichten und sonstigen Auslassungen die gleiche Beschimpfung und Verleumdung des Soldaten und deutet mit ihrer Autorität die Infamien jener Verleumder. Es besteht natürlich keine Möglichkeit, solche hässlichen Behauptungen sofort zu widerlegen und erst allmählich konnte die Wahrheit ans Licht kommen.

So hatte beispielsweise das russische Hauptquartier am 7. Juli geteilt, das 607. Regiment (Kigniwost) hätte eigenwillig die Gräben verlassen und sei zurückgezogen, was den Rückzug auch der benachbarten Truppenteile zur Folge gehabt und dem Feinde ermöglicht hätte, seinen Erfolg zu erweitern. Die „Nachrichten des Petersburger A. und S. Rates“ stellen nunmehr unwiderleglich fest, daß das 607. Regiment, das einen Bestand von 54 Offizieren und 798 Soldaten aufwies, aus der Schlacht am 6. Juni nur noch 12 Offiziere und 114 Mann stark hervorging, mithin einen Verlust von 85 Prozent erlitten hatte. Die 6. Grenadierdivision, die gleichfalls in der offiziellen Meldung der Feigheit geziehen wurde, war auch nahezu aufgerieben worden. 200 Gefangenen auf deutscher Seite standen 16 (!) Gefangene auf russischer Seite gegenüber.

Der gleichen Verleumdung bediente sich der russische Generalstab auch bei Schilderung des Durchbruchs bei Riga. Erst mehrere Tage später, als die offizielle Brandmarkung bereits ihre Wirkung getan und in ganz Rußland verbreitet worden war, wurde das Telegramm des 2. Kommissars an der Nordfront, des Menschikow Wotkinski, bekannt (und von den meisten bürgerlichen Blättern unterschlagen oder mit häßlichen Glossen versehen): „Ich bezeuge vor ganz Rußland: dieser unser Mißerfolg bedeutete keine Schmach. Die Truppen haben ehrlieh alle Befehle der Kommandostellen ausgeführt und gingen stellenweise im Bajonettangriff in den sicheren Tod.“ Es folgt eine eingehende Schilderung der Ereignisse und der Verluste.

Der Jwed dieses ganzen Feldzuges gegen den russischen Soldaten ist zu offenbar, zu durchsichtig: Nicht die mangelnde Führung, nicht der Mangel an Munition und Waffen, nicht die völlige Zerrüttung und Desorganisation des staatlichen Apparates sollen schuld sein an den Mißerfolgen der russischen Waffen, sondern einzig und allein die erweiterten Soldatenrechte. Redlich, zum Vieh degradiert wie ehemals unter dem Jodismus, wollen die Feinde der Revolution den Soldaten sehen und daher beschimpfen und belächeln sie ihn Tag für Tag.

Das Resultat dieses einig dahinkommenden Feldzuges gegen die eigenen Truppen wird, des sind wir gewiß, ganz anders ausfallen, als es sich die lauberen Herrschaften vorstellen! N. C. Bern.

Der Krieg in der Wüste.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht folgenden Feldpostbrief:

Seit mehreren Wochen hat der Wüstenwind drei Tage jeder Woche geweht und den Sand aufgewirbelt. Wenn dies geschieht, hört alle Bequemlichkeit auf und alle Ruhe ist zum Teufel. Mein Zelt ist eine flatternde Masse Tuch, eine klappernde Ziehharmonika; Papier, Bücher, Kleidungsstücke, alles was nicht fest verankert ist, wird von seiner Stelle weggeschleudert und mit Sand bedeckt. Der Sand durchdringt alles; er bildet eine dicke Schicht auf dem Tisch und drängt sich zwischen die Decken; er kommt bis in die engsten Felle der Hühner und schneuert die Haut von den Knien. Wenn man isst, fühlt man ihn zwischen den Zähnen hängen. Nichts mehr ist reinlich und sauber; nichts mehr sieht man scharf abgezeichnet. Das Zelt schlottert und der Wind rüttelt an seinen Tauen und stößt es wie eine gestrandete Schalluppe, so daß es kaum auszuhalten ist. Über draußen ist es viel ärger. Die Luft wird vom Sande verduftet, und der Wüstenwind weht alles vor sich her. Eine riesengroße Bismutblase kommt vorbeigepostet, tänzelnd und hüpfend, als ob ihre Ecken Flügel wären. Oder man sieht irgend ein Stück Eisen, das von Zeit zu Zeit kleine Probefläche ausführt und sich dann wieder im Sande zu verbergen sucht. Ein paar erschreckte Maulesel, die sich von ihren Pfählen losgerissen haben, galoppieren vorbei und sehen in einiger Entfernung aus wie irrende Schatten im aufgewirbelten Sande; gefährlich genug, wenn sie in ihrer blinden Jagd auf ein Zelt losrettern. Der Sand reißt das Gesicht und die Hände, füllt die Augen, und man atmet nichts als Sand. Man findet keinen Weg so schwer wie in London beim dichten Nebel. Kurz, es ist eine sinnverwirrende, unbehagliche Empfindung, der man plötzlich ausgelegt ist. Man sieht allerlei feilame Dämonen und Götzen. Grüne Dinge sind in einem Sandsturm grüner als sonst je. Und nach einer Weile sieht man sich gequält genug, daß man sogar mit dem geringen Schuß, den ein schmeckendes Zelt bietet, verbleib nimmt.

Aber an Tagen, an denen über den Sandwolken keine anderen Wolken zu sehen sind, hat auch ein Sandsturm seine Schönheiten. Der hellere, aber verborgene Sonnenschein durchdringt den Sand, der die Luft erfüllt, und spiegelt sich in der beweglichen, beinahe fließenden Oberfläche der Wüste, die davon manchmal leuchtet wie ein weites Schneefeld. Alles erstrahlt mit einer Schneedecke überzogen, und nur einzelne, mit Sträuchern besetzte Höhen heben sich ab so schwarz und einsam wie Ginsterbüschel in einem Schneefeld. Zuweilen wird die Illusion beinahe vollkommen, bis sie gestört wird durch den Anblick der Köpfe und Latzen auf dem Rücken einer Kamelkarawane, während alles übrige vom wirbelnden Winde verborgen ist. Manchmal auch ändert sich das Licht oder wird härter, und dann verwandelt sich die Schneelandschaft in einen silbernen See, der glänzt und gleißelt wie geschmolzenes Metall, und die Inseln der Strauchgewächse funkeln geheimnisvoll wie das Grün der Smaragde. Es ist eine seltsam mystische Erscheinung, vielleicht nur vergleichbar mit den Phantakien eines Kindes, das vom Zauberlande träumt. Aber bald ändert sich der Wind und verweht alle Schönheit, alles Bild, und es bleibt nichts übrig als ein irdisches luftloses Unbehagen.

Gewerkschaftsbewegung.

Beitragssteigerung im Holzarbeiterverband. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes veröffentlicht einen Vorschlag auf Einführung von Staffelleistungen von 80 Pfg. bis 1,50 M. wöchentlich für männliche Mitglieder, 60 Pfg. für weibliche Mitglieder und 40 Pfg. für Jugendliche. Der Beitragssteigerung entsprechend sollen auch die Unterstützungsbeiträge ausgebaut werden. Ueber diesen Vorstandsentscheid wird im November eine Urabstimmung unter den Verbandsmitgliedern stattfinden. Am 6. November findet eine große Reichskonferenz des Holzarbeiterverbandes statt, um die Frage für die Urabstimmung zu formulieren und zum Ablauf der Tarifverträge Stellung zu nehmen.

Urabstimmung im Sattlerverband. Auch im Sattlerverband wird vom 1. bis 3. Dezember eine Urabstimmung über die Frage stattfinden, ob der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder um 15, für weibliche um 10 Pfg. ab 1. Januar erhöht werden soll. Vorstand und Ausschuss haben die Urabstimmung beschlossen.

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschafts-Konzentration. 16 Kopenhagener Genossenschaften schlossen sich im Vorjahr zu einem gemeinsamen Konsumverein zusammen. Der Bericht über das erste Geschäftsjahr von 9 Monaten beweist den Erfolg der Zentralisierung. Die Zahl der angeschlossenen Familien, vorher 7700, stieg um nahezu 5000, der Umsatz von 80 000 Kr. auf über 100 000 Kr. In der Woche, auf insgesamt auf über 4 Millionen Kronen in den 9 Monaten. Der Reingewinn betrug über 450 000 Kr., wovon 285 000 Kr. als Rückergütung an die Mitglieder ausgezahlt wurden. Der Verein hat 20 Verkaufsläden und beschäftigt 248 Angestellte. Das Genossenschaftswesen ist jetzt auch in Kopenhagen auf dem richtigen Wege.

Aus Nah und Fern.

Selbstmord eines Achtjährigen. Der acht Jahre alte Sohn Hans des Kaiserers Otto Beauvois in Berlin sprang in Abwesenheit der Eltern aus einem Fenster der im vierten Stockwerk des Quergebäudes gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und tanzte schwere innere Verletzungen davon. Die Portierfrau brachte ihn nach dem Krankenhauste Bethesda, wo er gleich nach seiner Aufnahme starb. Nach Angabe der Wirtin hat Hans vor dem Sprung wegen Unbehagen im zu dem Schritt getrieben.

Scharfe Maßnahmen zur Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs in Königsberg. Um den Verbrauch von elektrischem Strom einzuschränken, hat der Gouverneur von Königsberg für die Stadt Königsberg bestimmt, daß sämtliche behördlichen und privaten Geschäftszimmer spätestens um vier Uhr nachmittags zu schließen sind. Auch die Konditoreien und Cafés müssen zwischen vier und acht Uhr nachmittags, alle offenen Verkaufsstellen spätestens um vier Uhr nachmittags geschlossen werden. In den Theatern, Lichtspielhäusern usw. dürfen zwischen 4 1/2 und 7 1/2 Uhr keine Vorstellungen stattfinden. In den Privatwohnungen darf in jedem Raum nur eine Glühbirne benutzt werden. Elektrische Raumheizung ist verboten, elektrische Fahrstühle sind außer Betrieb zu setzen. Der Betrieb der elektrischen Straßenbahn endet um fünf Uhr nachmittags.

„Kinderlose bevorzugt.“ Die Zurückführung von Familienvätern mit Kindern auf dem Arbeitsmarkt ist eine aus Friedenszeiten her bekannte und oft genug festgenagelte Eigenart strapuloser Arbeitgeber und Hauswirte. Man hätte meinen sollen, daß die Kriegszeit damit einigermaßen aufgeräumt hätte, das scheint indessen nicht der Fall zu sein. Ein Beweis dafür ist das folgende Inserat, das wir im „Berliner Lok-Anz.“ finden, besonders bemerkenswert im Hinblick auf den, der es erläßt:

Gärtner in Lebensstellung, auch für Hausarbeit sofort oder 1. 10. nach Groß-Berlin gesucht. Berh. kinderlos bevorzugt. Anst. Angebote an Vaterländischen Frauenverein, Berlin-Bilmersdorf E. W., Berliner Straße 41.
Ein Frauenverein, dazu ein „Vaterländischer“, verlangt hier von jedem Angestellten Kinderlosigkeit! Das ist denn doch die Höhe!
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Karl Krabbe
Anna Krabbe
geb. Schmöde
Vermählte.
Lübeck, September 1917.
Für erwiesene Aufmerksamkeiten danken herzlichst D. O.

Sozialdemokrat. Verein
Lübeck.
Als weiteres Opfer des schrecklichen Krieges fiel in Rußland unser Genosse
Fritz Schmuck.
Ehre seinem Andenken!
1915 Der Vorstand.

Für die herzliche Teilnahme beim Begräbnisse meines lieben Mannes sage allen Beteiligten meinen innigsten Dank.
1917
Frau Bertha Kelz
nebst Kindern.

Gesucht zum 1. Januar eine 2-Zimmer-Wohnung mit Gas. 2908) Angeb. u. Z H a. d. Exped.
Photograph-Walzen zu verkaufen, 20 u. 30 Bfg.
2892) Jungferstr. 20 a.
Dr. Regulator u. Waschtisch billig zu verkaufen.
2886) Felzgerstr. 5, 1. Et.

Gute Stachelbeeren, Johannisbeeren u. Himbeersträucher billig zu verkaufen.
2904) Schützenstr. 20 a.

Zu kaufen gesucht eine Tafelwaage mit Gewicht.
2914) Engelkwich 7.

Kaufe 100 Schlachtziegen, Böcke und Lämmer. Bitte Postkarte.
2919) Schwönelenquerstr. 4.

Verloren bei den Struckteich-Ländereien ein Tuch. Abzugeben gegen Belohnung.
2907) Friedenstr. 6, pt.

Ich nehme die über Frau Emma Brede ausgesprochene beleidigende Verurteilung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.
2892) Frau Böttcher.

Patente
Gebrauchsmuster und Warenzeichen besorgt (2881)
Internat. Patent-Bureau
Wih. Graefe,
Lübeck, Schlüsselbuden 18, 1. Et.

Herzli. Sonntagsdienst
am Sonntag, 30. Septbr.: (2888)
Dr. Leonhard, Roefstr. 175.
Dr. v. Thaden, Schlüsselbuden 14.
Dr. Ad. Christern, Rad. Allee 13.

Die im Schatten leben.
Drama von Emil Rosenow.
Preis 1.- Mk.
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Betten-Duvel liefert bestens u. billigst.
2900 Gr. Burgstr. 32.

Feldpostkarten
10 Stück 10 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Hindenburgfeier
in der Stadthalle
am Montag, dem 1. Oktober 1917
8 1/2 Uhr abends.

Musikvorträge der Kapelle des Ersatzbataillons des Regiments Lübeck.
Gemeinsame Gesänge.

Vortrag von Hauptpastor **Lütge:** Hindenburg als Persönlichkeit.

Vortrag von Generalmajor **von Wright:** Volkstümliche Betrachtungen zu Hindenburgs Siegeszug im Osten.
Jedermann ist herzlich willkommen.
Der Lübeckische Landesauschuß für die Hindenburggabe.

Hansa-Theater.
Sonntag, den 30. September, abends 7 Uhr:
Unter der blühenden Linde.
Ein fröhliches Spiel vom Rhein mit Gesang in 3 Akten.
Musik von Friedr. Gellert. 2884
Nachmittags 3 Uhr auf allgemeinen Wunsch: Große Kinder-Vorstellung.

König Drosselbart.
Märchen in 5 Bildern von Hennig. Kleine Preise.
Vorverkauf zu den Abendvorstellungen Holstenhaus und Theaterkasse, zu d. Nachmittags-Vorstellung nur Theaterkasse.
Montag, den 1. Oktober, abends 7 Uhr:
Die tolle Komtesse.

Verein der Musikfreunde.
1. volkstümlich. Konzert
Montag, den 1. Oktober
abends 7 1/2 Uhr, im Stadttheater.
Leitung: Dr. Georg Göhler.
Zur Vorfeier von
Hindenburgs 70. Geburtstag
Handel, „Hallelujah“ a. d. Messias, Beethoven, Andante a. d. C-moll-Symphonie, Mozart, 2 Märsche, Haydn, Variationen a. d. Kaiserquartett, Spohr, 3. Satz a. d. „Weihe der Töne“, Mendelssohn, Ouvert. Militärmusik, Schubert-Liszt, Ungar. Marsch, Weber, Jubel-Ouvert. 2 Armeemärsche. Altniederl. Dankgebet. (2895)
Karten zu 20 und 40 Pfg. an der Theaterkasse.

Konzerthaus
Zauberflöte.
Täglich Konzert von
Damen- Traviata.
Anfang 7 Uhr.
2909) L. Kock.

Stadttheater.
Eröffnung
Sonntag, den 30. Sept. 1917:
Anfang 6 Uhr:
Lohengrin.
Große Oper von R. Wagner.
Dienstag, den 2. Oktbr. 1917:
Anfang 6 1/2 Uhr:
Faust.
Von W. von Goethe.
Mittwoch, den 3. Okt. 1917:
Anfang 7 Uhr:
Der Barbier v. Sevilla
Komische Oper v. G. Rossini.

Hansa-Theater.
Sonnabend, d. 29. September
abends 7 1/2 Uhr: (2885)
Die tolle Komtesse.

Der Neue-Welt-Kalender
für das Jahr 1918
ist soeben herausgegeben worden.

Aus dem Inhalt haben wir hervor:
Kalendarium, Rückblick, Beachtenswerte Adressen, Postalisches, Unsere Loten (mit Porträts), Messen und Märkte, Im Kreislauf des Jahres, Max Klingers Darstellung des Krieges (mit Bild), Ausflugsbilder auf dem östlichen Kriegsschauplatz (mit Illustrationen), Der unterirdische Krieg (Stimme mit Illustrationen), Abwärts; Erzählung von Helene Voigt-Diederichs (mit Illustrationen), Zeitgemäße Statistik, Die Höhe der Leuchtentour (mit Illustrationen), Eine Geschichte vom Anjapfere; Stille von Richard Schiller, Humor im Lazarett, Papier-Verfall, Allerlei Wissenswertes in Wort und Bild, Die Sozialpolitik im Kriege, Arafatgrenze der Sprengstoffe (mit Illustrationen), Und noch weiteres anderes Wissenswertes und Unterhaltendes.

Preis 50 Pfennig.

Da der Verlag nur eine nicht sehr hohe Auflage vom Neuen-Welt-Kalender hat drucken lassen, empfiehlt sich eine baldige Abforderung der gewünschten Exemplare.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
(Lübecker Volksbote)
Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Bavaria-Brauerei
Königsberg
Niederlage Lübeck
Ludowikstr. 87a Tel. Nr. 674
Fleisch- und Wurstwaren
Julius Schober
Königsberg
Große Burgstr. 10

Praktischer Wegweiser
empfehlensw. Geschäfte
Heinrich Waller
Bretterstraße
Königsberg
Kleinere Unterzeuge
Hüte, Schirme etc.
Wilhelm Rahlfs
Königsberg
Königsberger Straße 11
Kleider, Hemden, Unterzeuge
Kleinere Unterzeuge
Hüte, Schirme etc.

Hindenburggabe.
Generalfeldmarschall von Hindenburg
der Schrecken unserer Feinde, die Zuversicht und die Hoffnung der Mittelmächte, der Stolz des deutschen Volkes, begeht am 2. Oktober seine

70. Geburtstag.

Das ist ein Tag, an dem ihm alle deutsche Herzen besonders warm entgegen schlagen, an dem unser ganzes Volk ihm seine unbegrenzte Verehrung, sein völliges Vertrauen bezeigen und ihm den heißen Dank abstatten wird für die geniale Heerführung, der wir unsere Kriegslage verdanken, eine glänzende Kriegslage trotz der gewaltigen zahlenmäßigen Überlegenheit unserer Feinde. An Hindenburgs Genie wurden die teuflischen Pläne zerschanden, die Deutschlands Vernichtung bezweckten. Er ist in Wahrheit der Retter des Vaterlandes.

Deshalb drängt es auch uns Lübecker, dem ferndeutschen Feldherrn von so überragender Größe, unserem Hindenburg am 2. Oktober unsere unbegrenzte Dankbarkeit auszudrücken. Festlichkeiten und Glückwünsche hat er sich wegen der Ernstes der Zeit verbeten. Aber wer an seinen Geburtstage für Verwundete und Hinterbliebene sorgt, wird ihm die schönste Geburtstagsfreude machen, wie er selber erklärte. We wollen unserem Hindenburg nicht diese Freude bereiten und damit seiner Pflicht gegen unser tapferen Feldgrauen, die siegreichen Schützer des Vaterlandes genügen? Und so ergeht an Lübeck-Bevölkerung die herzliche Bitte: Ehrte unserer Hindenburg, staltet ihm zu seinem 70. Geburtstage Euren Dankeszoll ab, indem Ihr spende zu einer Geburtstagsgabe für den unvergleichlichen Feldherrn, deren Verwendung in sein Ermessen gestellt werden soll.

Beiträge nehmen entgegen sämtliche hiesiger Banken und die Unterzeichneten.

Der Lübeckische Landesauschuß
für die Hindenburggabe.

Bürgermeister Dr. Fehling, Ehrenvorsitzender.
Senator Dr. Kallbrenner, Vorsitzender.

Kaufmann Otto Albers, Prokurist H. Ambrosius, Räumereibesitzer J. P. Bade, Erster Staatsanwalt Dr. Benda, 1. stellv. Vorsitzender des Bürgerauschusses, Faktor P. Bernbed, Geheimrat Regierungsrat Bielefeld, Frau Ida Bog-Ed, Stadtkassenverwalter Bruus, Registrator J. Carstens, Eisenbahndirektor Christensen, Frau Baurat Cyrus, Zeitungsverleger W. Dahms, Optiker A. F. G. Dettmann, Katasterdirektor Diefel, Präses Dimpfer, Vorsitzender des Bürgerauschusses, Dr. Ing. h. c. Bernh. Dräger, Dr. med. Th. Eichenburg, Frau Fabie, Pastor W. Fischer, Stadttheater-Direktor S. Fuchs, Schlachtereimeister Just, 2. stellv. Vorsitzender des Bürgerauschusses, Rechtsanwalt Dr. Görk, Vorsitzender der Bürgerchaft, Frau Dr. Görk, Frau Glaman, Hotelbesitzer Josef Goldschmidt, Frau Gonser, Professor Dr. C. Grube, Buchdruckereibesitzer Heije, Arbeitersekretär B. Hoff, Frau Jeddastadt, Postsekretär J. Klein, Hauptschriftleiter Dr. phil. W. A. Kraushaus, Vize-Admiral a. D. Kühne, Oberst von Kuenheim, Regierungsrat Dr. Lange, F. C. Lauenstein, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer, Rat Dr. Cuntz, Metallbedreher Paul Esward, Hauptpastor Cätige, Hauptmann Magen, Dipl.-Ing. Professor Mahn, Chef-Redakteur Oscar Mantau, Senator Dr. Neumann, Generaldirektor Dr. Neumann, Bureaugehilfe Oldag, Kaufmann August Pape, Professor Dr. med. Phil. Paul, Senator Pofsehl, Gemeindevorsteher A. Pöhl, Frau B. Redelkoff, Bankdirektor John A. Rehder, Oberbauinspektor Dr. Ing. Rehder, Fräulein Martha Köfing, Fräulein Therese Köfing, Tischlermeister Rosenquist, Vorsitzender der Gewerbestammer, Dr. med. Rudolph, Kommerzienrat Scharff, 1. stellv. Vorsitzender der Bürgerchaft, Hauptlehrer Schmeierich, Dr. phil. S. Schwarz, Direktor der Oberrealschule zum Dom, Gerichtsjetretär Schweim, Dekorateur Rudolf Schwenn, Frau Senator Strad, Kaufmann H. Thiel, 2. stellv. Vorsitzender der Bürgerchaft, Syndikus Dr. Wallroth, Lehrer Bentorf, Rechtsanwalt Wegrowitz, Arbeiter Paul Wittke, General-Major von Wright, Schratrat Professor Dr. Wychgam, Schriftleiter Jacobi. (2896)

Ermeren
Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Bavaria-Brauerei
Königsberg
Niederlage Lübeck
Ludowikstr. 87a Tel. Nr. 674
Fleisch- und Wurstwaren
Julius Schober
Königsberg
Große Burgstr. 10

Praktischer Wegweiser
empfehlensw. Geschäfte
Heinrich Waller
Bretterstraße
Königsberg
Kleinere Unterzeuge
Hüte, Schirme etc.
Wilhelm Rahlfs
Königsberg
Königsberger Straße 11
Kleider, Hemden, Unterzeuge
Kleinere Unterzeuge
Hüte, Schirme etc.

Thüringer Wurstfabrik
August Scheere
G. m. b. H.
Liefert das Feinste in aller Weltwaren.
Wurstfabrikation
Lübecker Wurstfabrik
Emil Aland
Wih. Schmidt Nachf.
Lübeck
C. Aland, Bäckmeister

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
Aktienbrauerei Lübeck
Ente
Mews Mühle, Mühlenfabrikate
Katzehorn
Ratzeburger
Aktien-Brauerei